

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 7 / Juli 2009 · Ausgabe Berlin / Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

**Im Alter finanziell
gesichert leben können**

Forum von SoVD und VdK auf
dem 9. Deutschen Seniorentag

Seite 3

**Wahlprüfsteine des
Sozialverband Deutschland**

Fragen an die Kandidatinnen und
Kandidaten für den Bundestag

Seite 5



**Wettbewerb
der SoVD-Zeitung**

Schicken Sie uns
Ihre Geschichten oder Fotos!

Seite 7

Sämtliche Heime und ambulanten Dienste sollen überprüft werden

Mehr Transparenz durch den Pflege-TÜV?

Zum 1. Juli des vergangenen Jahres trat das sogenannte Pflege-Weiterentwicklungsgesetz in Kraft. Mit dieser Pflegereform 2008 sollte die Pflegeversicherung stärker auf die Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen und deren Angehöriger ausgerichtet werden. Beschlossen wurde zum einen die Einführung der Pflegezeit, deren Regelung auf einen Vorschlag des SoVD zurückgeht. Zum anderen soll der individuelle Pflegebedarf künftig nicht mehr nur an dem erforderlichen Zeitaufwand für einzelne Hilfestellungen bemessen werden (SoVD-Zeitung 3/2009, S. 1).

Eine weitere Regelung betrifft die Qualität der in Deutschland geleisteten Pflege: Wo werden hilfebedürftige Menschen gut versorgt, welcher Anbieter leistet schlechte Pflege? Um Betroffenen eine verlässliche Orientierung zu bieten, werden bis Ende 2010 alle Pflegeheime und ambulanten Pflegedienste in Deutschland überprüft, die Ergebnisse anschließend in Form von Schulnoten veröffentlicht. Ein wichtiger erster Schritt hin zu mehr Transparenz in der Pflege, der vom SoVD ausdrücklich begrüßt wird.

Für die Überprüfung von stationären und ambulanten Pflegeanbietern ist auch weiterhin der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) zuständig. Seit Juli 2008 führen MDK-Mitarbeiter unangemeldete Kontrollen durch, wodurch sich die Chance, Pflegemissstände auch tatsächlich aufzudecken, deutlich erhöht hat, da niemand im Vorfeld von einer bevorstehenden Prüfung unterrichtet wird. Bisher war es den



Foto: Pleul/dpa, Grafik: Herrndorff

Ob ambulant oder stationär – die Pflege in Deutschland soll durch Pflegenoten transparenter werden. Ein wichtiger Faktor in der Bewertung ist neben der medizinischen Versorgung auch die soziale Betreuung.

Pflegekassen jedoch nicht erlaubt, die Prüfergebnisse auch zu veröffentlichen – schlechte Pflege konnte somit nicht eindeutig erkannt werden. Mit der Pflegereform 2008 wurde dieses Manko beseitigt.

Schlechte Zeiten für „schwarze Schafe“

Die Prüfergebnisse des MDK müssen nach der neuen Regelung sowohl durch die zuständigen Pflegekassen als auch durch die Pflegeanbieter selbst veröffentlicht werden. Im Interesse der Betroffenen schreibt

der Gesetzgeber dabei vor, dass die Informationen „verständlich, übersichtlich und vergleichbar“ sein müssen.

Auch der Umfang der Kontrolle ist von grundsätzlichen Änderungen betroffen: Wurden die Prüfer des MDK bisher nur gezielt und in der Regel aufgrund vorliegender Beschwerden tätig, so werden im Rahmen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes nun alle Pflegeheime und ambulanten Dienste in Deutschland überprüft. Für die Koordination ist der Medizinische Dienst des

Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen (MDS) zuständig.

Christiane Grote, Pressesprecherin des MDS, zeigt sich zuversichtlich, dadurch eine größere Dynamik zu erreichen. Die grundsätzliche Frage sei, wie man den Prozess hin zu mehr Qualität in der Pflege beschleunigen könne. Gegenüber der SoVD-Zeitung erklärte Grote: „Natürlich geht das nur bei Einrichtungen, die auch bereit sind, Anregungen aufzunehmen und sich diesem Prozess zu stellen. Aber genau für

Fortsetzung auf Seite II

Peter Vetter verstorben



Der Sozialverband Deutschland trauert um Peter Vetter. Der ehemalige SoVD-Präsident

ist am 8. Juni im Alter von 67 Jahren verstorben. Peter Vetter stand von 2001 bis 2003 an der Spitze des SoVD. Er hat in dieser Zeit den Bau der neuen Bundesgeschäftsstelle in Berlin und den Umzug des Verbandes von Bonn nach Berlin entscheidend mit vorangetrieben. Peter Vetter hat sich mit seinem langjährigen Einsatz für den Verband und mit seinem sozialpolitischen Engagement große Verdienste erworben.

Der gelernte Orthopädietechniker und Kaufmann trat dem Verband 1985 bei und setzte sich fortan besonders für die Rechte behinderter Menschen ein. Peter Vetter war von 1987 bis 2007 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin und nach dem Fall der Mauer Vorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Der gebürtige Berliner war von 1975 bis 1990 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und mehrere Jahre Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, zudem zehn Jahre Mitglied im „Landesbeirat für Behinderte“.

Der SoVD (Sozialverband Deutschland) wird Peter Vetter stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Haben Sie Interesse: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Kommentar

Urlaub mit der Bank Ihres Vertrauens

Bankmitarbeiter, Anlageberater und Manager mussten in den vergangenen Monaten massive Kritik über sich ergehen lassen. Die zahlreichen Skandale im Zusammenhang mit der Finanzkrise sind es kaum wert, überhaupt noch kommentiert zu werden – steht man doch als „Duschschnittsbürger“ den enthüllten Fakten längst nur noch kopfschüttelnd gegenüber. Zuletzt angesichts einer Meldung der Financial Times Deutschland (FTD), in der die abstrusesten Investments einzelner Landesbanken enthüllt wurden.

Die HSH Nordbank etwa – 2,7 Milliarden Verlust im vergangenen Jahr – stellte ihren Angestellten tonnenschwere Geländewagen als Dienstauto zur Verfügung. Den Vogel schießt jedoch die Bayern LB ab. Den Frust

über die 2008 eingefahrenen Verluste in Höhe von 5 Milliarden Euro können die Finanzmanager im bank-eigenen Schlosshotel Velden abbauen. Das malerische Anwesen war einst der Drehort für die Fernsehserie „Ein Schloss am Wörthersee“ mit Roy Black. Doch wo dieser noch mit Charme seine Gäste begrüßte, macht die Bayern LB heute Verluste in Millionenhöhe.

Zurück zur HSH Nordbank. Hier kann man zwar nicht mit einem vergleichbaren Feriendomizil aufwarten, dafür gehört der Landesbank immerhin die 28 Meter lange Barkasse „Mercur II“. Bietet das Schiff vielleicht einen Ausweg aus der Krise? Nun, immerhin wird der Ausflugsdampfer jetzt vermietet – für 300 Euro pro Stunde. Schiff Ahoi! *jb*

Fortsetzung von Seite 1

Transparenz durch den Pflege-TÜV?



Grafik: GKV-Spitzenverband

Aufgeteilt in vier Bereiche werden die jeweiligen Noten der stationären Einrichtung veröffentlicht. Das Gesamtergebnis setzt sich aus dem Durchschnitt dieser vier Bewertungen zusammen. Um einen besseren Vergleich der Pflegeheime untereinander zu ermöglichen, wird zusätzlich der Landesdurchschnitt angegeben. Eine weitere Note („Befragung der Bewohner“) gibt die Einschätzung der Heimbewohner selbst wieder.

die, die auf diesem Weg sind, ist das eine gute Chance, sich nach außen zu präsentieren und weiter an ihrer Qualität zu arbeiten.“

Wie wird geprüft?

Die Prüfer des MDK untersuchen stationäre Pflegeeinrichtungen anhand von insgesamt 64 Einzelkriterien, die sich auf die folgenden vier Teilbereiche verteilen:

- Pflege und medizinische Versorgung,
- Umgang mit demenzkranken Bewohnern,
- soziale Betreuung und Alltagsgestaltung,
- Wohnen, Verpflegung, Hauswirtschaft und Hygiene.

Für jeden dieser vier Bereiche wird eine Note vergeben, die sich an dem gängigen Schulprinzip orientiert – von 1 für „sehr gut“ bis 5 für „mangelhaft“. Diese vier Einzelergebnisse fließen schließlich in eine Gesamtnote ein, die dann im Internet veröffentlicht wird (siehe obenstehende Grafik).

Als zusätzliche Vergleichsmöglichkeit wird ebenfalls die Durchschnittsnote der in dem jeweiligen Bundesland geprüften Pflegeheime angegeben. Eine weitere Note ergibt sich aus einer Befragung der Pflegebedürftigen selbst. Diese Einschätzung der Heimbewohner wird als Note separat ausgewiesen.

Für ambulante Pflegeeinrichtungen wird ähnlich verfahren. Dort gibt es drei Teilgebiete mit insgesamt 49 Einzelkriterien:

- pflegerische Leistung,

- ärztlich verordnete pflegerische Leistung,
- Dienstleistung und Organisation.

Die Note „Befragung der Kunden“ wird auch hier separat ausgewiesen.

Kritik am Pflege-TÜV

Von verschiedenen Seiten wurde teilweise vehemente Kritik an der Einführung der Pflegenoten geäußert. So bezeichnete etwa der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach das Bewertungssystem insgesamt als irreführend. Nach Ansicht des Politikers führt die Durchschnittsnote der drei bzw. vier Teilbereiche dazu, dass etwa Mängel in der pflegerischen Versorgung durch gute Noten in anderen Bereichen ausgeglichen werden können. Auf diese Problematik hatte ebenfalls SoVD-Präsident Adolf Bauer hingewiesen: „Es darf nicht sein, dass zum Beispiel eine schlechte Flüssigkeitsversorgung von Pflegebedürftigen mit regelmäßigen Erste-Hilfe-Schulungen ‚verrechnet‘ werden kann.“ Auch Prof. Dr. Heinz Rothgang, der als Gutachter für das Bundesgesundheitsministerium tätig ist, bemängelte, dass die Prüfkriterien gleich gewichtet werden. Der Wissenschaftler sprach sich dafür aus, dass eine mangelhafte Bewertung in einem zentralen Punkt – wie etwa der pflegerischen Versorgung – auch zu einer mangelhaften Gesamtbewertung führen müsse (siehe nebenstehendes Interview).

Christiane Grote vom MDS räumt ein, dass es durch die Bildung einer Durchschnittsnote zu einem gewissen Ausgleich innerhalb der Bewertung komme. Gegenüber der SoVD-

Zeitung betonte sie jedoch, dass der Schwerpunkt der Prüfkriterien eindeutig im Bereich Pflege liege: „Wenn sich allein sechs Kriterien mit dem Thema Dekubitus beschäftigen, dann kann man diese nicht mit einem einzelnen Kriterium etwa zum Notfallplan ausgleichen.“

Wie geht es weiter?

Parallel zu den Prüfungen des MDK findet eine wissenschaftliche Begleitung statt. Durch diese Evaluation sollen die verwendeten Kriterien auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Hierzu hat das Bundesministerium für Gesundheit ein zweijähriges Forschungsprojekt vorgesehen, das von einem Beirat begleitet werden soll. In diesen Beirat wurde auch die für den Pflegebereich zuständige Referentin des SoVD-Bundesverbandes berufen. Dadurch ist sichergestellt, dass der Sozialverband Deutschland an der weiteren Ausgestaltung des Begutachtungsverfahrens beteiligt ist und auf diesem Wege auch die Interessen der SoVD-Mitglieder mit Nachdruck vertreten wird. *jb*



Info

Laut Gesetz sind für die Veröffentlichung der Pflegenoten sowohl die Pflegeanbieter selbst als auch die Landesverbände der Pflegekassen zuständig. Mit der Veröffentlichung erster Prüfergebnisse ist im Spätsommer dieses Jahres zu rechnen. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie direkt bei Ihrer jeweiligen Pflegekasse.



Interview

— Welche Verbesserung bringt der Pflege-TÜV?

Ich denke, die Tatsache, dass es den Pflege-TÜV überhaupt gibt, ist ein Durchbruch. Prüfungen wurden bereits seit der Einführung der Pflegeversicherung durchgeführt. Der MDK und die Kassen wussten zwar hinterher, dass eine bestimmte Einrichtung ein Problem hat, durften es aber nicht weitersagen – aus Datenschutzgründen. Das ist jetzt anders: Jetzt müssen die Daten weitergegeben und veröffentlicht werden.

— Warum hat diese Entwicklung so lange gedauert?

Die Debatte über Qualität ist ein Verdienst der Pflegeversicherung. Während man in den Neunzigerjahren zunächst den Weg über Vereinbarungen gegangen ist, spielt heute der Wettbewerbsgedanke eine größere Rolle. Man geht also inzwischen viel eher auf die Bedürfnisse der Verbraucher ein.

— Sind Pflegeskandale damit für die Zukunft ausgeschlossen?

Im Gegenteil: Je genauer wir hinguucken, desto mehr sehen wir auch. Wenn die Zahl der Pflege-Skandale steigt, heißt das aber nicht automatisch, dass die Qualität schlechter wird.

— Kann man schlechte Pflege tatsächlich durch gute Noten in anderen Bereichen ausgleichen?

Man kann solche Fälle konstruieren. Es ist jedoch eher unwahrscheinlich, dass Heime zwar einen erstklassigen Service, gute Verpflegung und freundliches Personal bieten, die Bewohner aber dennoch unter schlechter Pflege leiden. Ich würde mir aber wünschen, dass man mittelfristig versucht, die Prüfkriterien stärker zu differenzieren, und zwischen zentralen und weniger wichtigen Kriterien unterscheidet. Außerdem ist die Bewertung zu überprüfen. Wenn man beispielsweise die Note „gut“ erhält, weil drei von vier Bewohnern keinen Dekubitus haben, dann finde ich das falsch: Eine Dekubitusquote von 25 Prozent ist immer noch zu hoch.

— Wie geht es weiter mit den Pflegenoten?

Es ist gut, dass wir den Pflege-TÜV haben. Noch nicht ausgereift ist die Art und Weise, wie dieser ausgestaltet wurde. Man sollte das Ganze als ein lernendes System begreifen, bei dem man Erfahrungen sammelt und das Instrument dann nach und nach verbessert. Deshalb wird dieser Prozess auch wissenschaftlich evaluiert.

Interview: Joachim Baars

Regelung zur Patientenverfügung

Selbstbestimmungsrecht von Patienten gestärkt

Der Deutsche Bundestag hat am 18. Juni eine Entscheidung zur Regelung der Patientenverfügung getroffen. Diese stärkt das Selbstbestimmungsrecht und schafft endlich Rechtssicherheit für Patienten, Angehörige und Ärzte. „Die Bürgerinnen und Bürger können jetzt sicher sein, dass ihre sorgfältig verfasste



Patientenverfügung respektiert und beachtet wird“, nimmt dazu SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer Pressemitteilung Stellung. Der SoVD setzt sich seit Langem für eine entsprechende Regelung ein.

Mit einer Patientenverfügung können Menschen ihren Willen zu bestimmten medizinischen Behandlungen schriftlich erklären. Die Patientenverfügung kommt erst dann zum Zuge, wenn sich der Patient nicht mehr äußern kann. Die beschlossene Regelung sieht vor, dass der schriftliche Wille des Patienten in jedem Stadium der Krankheit beachtet werden muss. Voraussetzung ist, dass der schriftlich festgelegte Wille auf die eingetretene Krankheitsituation anwendbar ist.

Bislang haben neun Millionen Bundesbürger eine Patientenverfügung verfasst. Es ist und bleibt der freien Entscheidung jedes Einzelnen überlassen, ob er eine solche schreibt. Insbesondere ältere Menschen dürfen nicht gegen ihren Willen dazu gedrängt werden, eine Patientenverfügung zu verfassen oder eine Vorsorgevollmacht auszustellen.

Adolf Bauer ergänzt: „Es ist zudem dringend erforderlich, dass der flächendeckende Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung jetzt entschieden vorangetrieben wird. Außerdem müssen Patienten, aber auch Ärzte, noch stärker über die Möglichkeiten und den Zugang zu schmerz-

Foto: Rose/ SoVD
Mit einer Patientenverfügung können Menschen ihren Willen zu bestimmten medizinischen Behandlungen schriftlich erklären. Sie kommt erst dann zum Zuge, wenn sich der Patient nicht mehr äußern kann.

Vorerst Entwarnung für Beitragszahler in den gesetzlichen Krankenkassen

Weniger Zusatzbeiträge als erwartet

Weniger Krankenversicherte als erwartet müssen zum 1. Juli einen Zusatzbeitrag zahlen. „Es sind nur zwei oder drei kleine Krankenkassen davon betroffen“, sagte der Präsident des Bundesversicherungsamtes, Josef Hecken. Andere Kassen werden nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums einen Teil der Beiträge zurückerstatten können.

Ende April hatte Hecken noch von 16 Kassen mit insgesamt 4,5 Millionen Versicherten gesprochen, die nach damaligem Stand einen Zusatzbeitrag erheben müssten. Seither hätten viele von ihnen Fusionsgespräche mit finanzstärkeren Partnern aufgenommen, so Hecken. Einen Zusatzbeitrag können Kassen erheben, wenn sie mit dem Geld, das ihnen der Gesundheitsfonds zuweist, nicht auskommen. Mitglieder haben dann ein Sonderkündigungsrecht.

„Gleichzeitig sieht es so aus, dass einige Kassen in der Lage sein werden, Boni zu erstatten“, sagte Ministeriumssprecher Klaus Vater. Der

Gesundheitsfonds erstatte die Ausgaben der Kassen zu 100 Prozent.

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung begrüßte Heckens Aussagen. „Es ist gut, dass entgegen der bisherigen Ankündigungen des Bundesversicherungsamtes jetzt offenbar doch weniger Versicherte ab dem 1. Juli Zusatzbeiträge zahlen müssen“, sagte Sprecher Florian Lanz. Nur Bundesversicherungsamt und Landesaufsichten verfügten allerdings über die vertraulichen Finanzdaten der Kassen.

Die gesetzlichen Kassen schlossen das erste Quartal mit einem Plus

von 1,1 Milliarden Euro ab. Nach Schätzungen der AOK droht ihnen aber 2010 ein Defizit von 7 und im Jahr darauf von 13 Milliarden Euro. AOK-Chef Herbert Reichelt hatte davor gewarnt, dass allein 2010 pro Kopf 11,60 Euro im Monat an Zusatzbeitrag nötig seien.

Vor dem Hintergrund finanzieller Belastungen gerade kleinerer Kassen hatten zuletzt die Betriebskrankenkasse Verkehrsbau Union und die Mitteldeutsche BKK angekündigt, sich zum 1. Juli zur größten Betriebskrankenkasse mit Sitz in den neuen Ländern zusammenzuschließen. *dpa*

SoVD richtete beim 9. Deutschen Seniorentag in Leipzig mit dem VdK das meistbesuchte Forum aus Im Alter finanziell abgesichert leben können

SoVD-Präsident Adolf Bauer hat beim 9. Deutschen Seniorentag Maßnahmen gegen Altersarmut gefordert. Vor allem für Geringverdiener, Langzeitarbeitslose und Erwerbsminderungsrentner müsse die Alterssicherung verbessert werden. Der Seniorentag, der vom 8. bis 10. Juni in Leipzig stattfand, stand unter dem Motto „Alter leben – Verantwortung übernehmen“.

In über 50 Workshops, Foren, Interviews und Podiumsgesprächen wurde Teilnehmern und Besuchern die Gelegenheit gegeben, sich mit dem Thema Älterwerden auseinanderzusetzen. Gast der dreitägigen Veranstaltung waren unter anderem der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering und die Schirmherrin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, die den Seniorentag eröffnete.

„Das Motto der Veranstaltung ‚Alter leben – Verantwortung übernehmen‘ verstehe ich als Angebot Älterer an die Gesellschaft und nehme dieses gern an“, sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Eröffnungsrede. „Wir leben in spannenden Zeiten, denen wir uns guten Mutes stellen. Deutschland wird mit am schnellsten von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen sein. Ich bin zuversichtlich, dass wir anderen Ländern ein gutes Beispiel geben können und zeigen, dass die vermeintliche Gefahr eine Bereicherung für die Gesellschaft sein kann.“

Auf Nachfrage äußerte sich die Bundeskanzlerin auch zu der Problematik der Rentenangleichung Ost. Sie betonte, dass alle Parteien im Bundestag eine Problemlösung wollen, diese allerdings in dieser Legislaturperiode nicht mehr auf den Weg gebracht werden könne. In den ersten beiden Jahren der kommenden Legislaturperiode solle aber eine Lösung der Problematik Rentenangleichung Ost in Angriff genommen werden.

Unter den gut 15 000 Besucherin-

nen und Besuchern des 9. Deutschen Seniorentages waren so viele junge Menschen wie noch nie. Über 1000 Schüler und Studierende kamen ins Congress Center Leipzig (CCL).

An der Spitze der nachgefragten Themen rangierte die finanzielle Sicherheit im Alter. Rund 900 Teilnehmer kamen zum entsprechenden Forum „Alter in finanzieller Sicherheit leben“, das der SoVD gemeinsam mit der Volkssolidarität



SoVD-Präsident Adolf Bauer stellte die zehn Forderungen des SoVD zur Verhinderung von Altersarmut vor.

ausrichtete.

Die Diskussionsrunde „Wie sicher ist der Lebensstandard im Alter?“ wurde von SoVD-Bundesfrauen-

das Wort den geladenen Expertinnen und Experten, die ihre Befunde zum Stand und zu den Perspektiven der Alterssicherung äußerten. Ulrike Mascher (Präsidentin des Sozialverbandes VdK), die neben Dr. Rheinhold Thiede (Leiter des Bereichs Entwicklungsfragen der sozialen Sicherheit bei der Deutschen Rentenversicherung Bund), Dr. Heinz Stapf-Finé (Leiter der Abteilung Sozialpolitik im DGB-Bundesvorstand) und Prof. Dr. Barbara Riedmüller (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der Freien Universität Berlin) an der Diskussionsrunde teilnahm, verwies unter anderem darauf, dass zunehmend auch ältere Menschen einen Antrag auf Grundsicherung stellen müssen. Immer mehr Rentner müssten Minijobs annehmen, um über die Runden zu kommen und die Armut so lange wie möglich hinauszuschieben, sagte Mascher. Rheinhold Thiede betonte, dass man während der Erwerbsphase noch vielfältige Möglichkeiten habe, Einkommenseinbußen zu kompensieren. Im Rentenalter sei dies jedoch nur sehr schwer möglich. Finanzielle Sicherheit auch für diese Lebensphase zu gewährleisten, sei daher ein wichtiges Ziel jeglicher Form von Alterssicherung, so Thiede.

Die zehn Forderungen des SoVD zur Verhinderung von Altersarmut stellte SoVD-Präsident Adolf Bauer als Referent der Forum-B-Diskussionsrunde „Grundanforderungen für ein Altern in Würde“ einer großen Zuhörerschaft vor. Bauer betonte, dass es klare Anzeichen gebe, dass die Altersarmut in den nächsten Jahren rasant steigen werde. So sei



Alle Fotos (7): BILDSCHÖN/Wuttig

Am SoVD-Stand (v. li.): Günter Gräfe (2. Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt), Christine Hauk (1. Kreisvorsitzende Leipzig und 2. Landesvorsitzende Sachsen), Ellen Heyne (Kreisverband Leipzig), Siegfried Gebner (1. Landesvorsitzender Sachsen), Petra Herbert (Kreisverband Leipzig), Joachim Heinrich (Kreisvorsitzender Anhalt-Bitterfeld), Edda Schliepack (Bundesfrauensprecherin), Frau Gebner (Kreisverband Chemnitz), Werner Schollek (1. Landesvorsitzender Thüringen) und Präsident Adolf Bauer.

die Zahl der hilfebedürftigen Rentner seit Einführung der Grundsicherung vor sechs Jahren um 70 Prozent gestiegen.

Eine dramatische Entwicklung zeichnete sich auch bei den Erwerbsminderungsrenten ab, so der SoVD-Präsident: „Hier sind die Auszahlungsbeträge der Renten in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gesunken; viele Erwerbsminderungsrenten erreichen heute nicht einmal mehr Sozialhilfeniveau.“

Großen Anklang fanden bei den Besuchern auch Veranstaltungen zum Thema Wohnen und Selbstständigkeit, zum Beispiel das Forum „Im Alter selbstständig leben und wohnen“ mit 700 Teilnehmern sowie das Podiumsgespräch „Infrastruktur für eine alternde Gesellschaft“, das 300 Besucher anlockte.

Auch bei der parallel laufenden Ausstellung SenNova, bei der über 200 Aussteller, darunter 90 Vereine und Verbände, innovative Produkte und Dienstleistungen für die ältere Generation zeigten, war der SoVD mit einem Stand vertreten. Die Ausstellung der SenNova umfasste die Bereiche freiwilliges Engagement, Reisen und Bildung, Internet und Technik, Wohnen und Wohnumwelt, Gesundheit, Vorsorge und Finanzen sowie Verbraucherschutz.

Zum Ende des Seniorentages stellte BAGSO-Geschäftsführer Dr. Guido Klumpp die „Leipziger Erklärung“ vor. Unter Verweis auf das Verantwortungsbewusstsein älterer Menschen für nachfolgende

Generationen ruft die BAGSO als Dachverband von über 100 Seniorenorganisationen mit etwa 13 Millionen Mitgliedern darin auf, den Generationenvertrag neu zu definieren. „Der Generationenvertrag darf sich nicht darauf beschränken, dass die Jüngeren in Sozialkassen einzahlen und, wenn sie älter sind,

Großer Andrang auch beim Thema „Wohnen im Alter“

zu Leistungsempfängern werden. Das spiegelt die Generationenbeziehungen vollkommen unzureichend wider.“ Ein positives Resümee zog abschließend Walter Link, der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), die den Seniorentag alle drei Jahre in einer anderen Stadt ausrichtet: „Wir blicken auf drei spannende Tage in einer ausgesprochen fröhlichen Atmosphäre, auf Veranstaltungen mit hohem Niveau und angeregten politischen Diskussionen zurück.“



SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack moderierte.



SoVD-Frauensprecherin Edda Schliepack (2. v. re.) moderierte eine Diskussionsrunde mit den Experten (v. li.): Dr. Rheinhold Thiede (Leiter des Bereichs Entwicklungsfragen der sozialen Sicherheit bei der Deutschen Rentenversicherung Bund), Ulrike Mascher (Präsidentin des Sozialverbandes VdK), Prof. Dr. Barbara Riedmüller (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin) und Dr. Heinz Stapf-Finé (Abteilungsleiter Sozialpolitik im DGB-Bundesvorstand).

15 000 Besucher stellten sich dem Thema Älterwerden

sprecherin Edda Schliepack moderiert. Edda Schliepack stellte zunächst die Kernthemen vor, unter anderem die dringliche Frage, was heute getan werden muss, damit ältere Menschen auch morgen noch in finanzieller Sicherheit leben können. Anschließend gab sie



V. li.: Adolf Bauer (SoVD-Präsident), Andreas Steppuhn (Vorstandsmitglied IG Bau), Birgit Zenker (Katholische Arbeitnehmerbewegung), Hartmut Hoffmann und Dr. Frank-Michael Pietsch (beide Volkssolidarität).



SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack (li.) im Gespräch mit VdK-Präsidentin Ulrike Mascher, die in der Diskussionsrunde gemeinsam mit anderen Experten Befunde zu Stand und Perspektiven der Alterssicherung vortrug.



Rund 900 Teilnehmer kamen zum Forum „Alter in finanzieller Sicherheit leben“, das der SoVD gemeinsam mit der Volkssolidarität ausrichtete. Damit stand dieses Forum an der Spitze der nachgefragten Themen.

Pflegekongress in Potsdam

Diskussion über die Anforderungen an eine zukunftssichere Pflege

Der Paritätische Gesamtverband führte am 4. und 5. Juni in Potsdam einen Pflegekongress zum Thema „Pflege als Versicherungsleistung – Perspektive trotz Legislative“ durch. Für den SoVD nahmen Edda Schliepack (Präsidiumsmitglied und Sprecherin der Frauen), Meike Janßen (Leiterin der Abteilung Sozialpolitik des SoVD Niedersachsen) und Dr. Simone Real (Referentin in der Abteilung Sozialpolitik des Bundesverbandes) teil. Der Kongress bot Fachleuten eine Plattform, um Perspektiven für die Pflege und den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie Anforderungen an eine zukunftssichere Pflege aufzuzeigen.

Nach der Begrüßung durch Heidi Merk (Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes) lobte Dr. Eckhard Grambow (Bundesministerium für Gesundheit) den Perspektivwechsel in der Pflege aufgrund der Neuordnung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Dr. h.c. Jürgen Gohde (Vorsitzender des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und des Kuratoriums Deutsche Altershilfe) stellte den Umsetzungsbericht des Beirats vor.

Anschließend erläuterte Dr. Klaus Wingenfeld (Institut für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld) Grundzüge und erste Erfahrungen des neuen Begutachtungsverfahrens, welches auf eine hohe Akzeptanz stößt. Nach dem neuen Verfahren wird die Ausprägung der Pflegebedürftigkeit nicht mehr nach der „Laienpflegezeit“ ermittelt, viel-

mehr wird der Grad der Selbstständigkeit bei der Durchführung von Aktivitäten und der Gestaltung von Lebensbereichen zum Maßstab der

Berücksichtigung.

Verschiedene Workshops boten darüber hinaus Einblick in Praxismodelle rund um das Thema Pflege.

Zum Ende der Veranstaltung fand eine Podiums- und Plenumsdiskussion statt. Beteiligt daran waren die pflegepolitischen Sprecher Willi Zylajew (MdB, CDU/CSU), Dr. Ilja Seifert (MdB, Die LINKE) und Heinz Lanfermann (MdB, FDP) sowie Rolf Höfert (Der Paritätische Gesamtverband und Geschäftsführer des Deutschen Pflegeverbandes).

Das SoVD-Präsidiumsmitglied und Sprecherin der Frau-



Foto: Real

Edda Schliepack und Heidi Merk waren sich einig, dass es bei einer Differenzierung in fünf Bedarfsgrade, anstatt wie bisher in drei Pflegestufen, für die betroffenen Menschen nicht zu Benachteiligungen gegenüber dem geltenden Recht kommen dürfe.

Pflegebedürftigkeit erhoben. Neben den Alltagsverrichtungen des täglichen Lebens finden so auch kognitive und kommunikative Fähigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten oder der Umgang mit krankheits- und therapiebedingten Anforderungen

gestellt werden. Edda Schliepack, forderte im Rahmen des Kongresses, dass die Einteilung in Bedarfsgrade nicht dazu führen dürfe, dass Menschen, die jetzt bereits einer Pflegestufe zugeordnet sind, künftig schlechter



Frauen im SoVD – das Thema

Rarität Rollentausch: Väter nehmen Elternzeit

Die Zahl der Männer, die eine Babypause machen, hat sich verdoppelt. Waren es Anfang 2007 sieben Prozent, sind es heute 16 Prozent, die für ihre Kinder eine berufliche Auszeit nehmen. Vor der Einführung des Elterngeldes haben gerade einmal 3,5 Prozent der Väter Elternzeit beantragt. Was die Dauer der Pause angeht, halten sich die Männer jedoch bescheiden zurück.

Was die stärkere Väterbeteiligung an der Elternzeit betrifft, scheint die derzeitige Entwicklung tatsächlich positiv. Hier bewirkt offenbar das eingeführte Elterngeld doch das, was die Politik sich erhofft hat: Die Kinderzahlen steigen, die Karrierechancen der Mütter profitieren und der „Zuhause-Vater“ kommt allmählich in Mode.

Allerdings wird vielfach übersehen, dass die meisten Väter laut Statistik nur eine kurze Auszeit nehmen. Viele setzen nur für zwei Monate aus und überlassen die langen Auszeiten zur Kindererziehung ihren Frauen. So entscheiden sich 70 Prozent der Männer für eine Babypause von zwei Monaten und nur rund vier Prozent für zwölf Monate. Bei den berufstätigen Müttern hingegen bleiben 76 Prozent für zwölf Monate zu Hause und nur vier Prozent für zwei Monate.

Der Grund für die relativ kurze Auszeit der Väter liegt vor allem an der Sorge um die berufliche Zukunft und den Wiedereinstieg in den Beruf. Interessant, wenn man bedenkt, dass auch Frauen diese Nachteile im Job zu erwarten haben, wenn sie sich für eine berufliche Auszeit entschei-



Birgit Kloss
Referentin für Frauenpolitik
im SoVD-Landesverband
Niedersachsen

den. Die Bedeutung der Familie ist hoch. Jedoch sind die Männer noch zögerlich auf dem Weg zu einem aktiven Vaterdasein und machen es eher kurz. Laut einer bundesweiten Studie würde mehr als die Hälfte der deutschen Männer bei entsprechenden beruflichen Rahmenbedingungen Elternzeit nehmen.

Da sich das Elterngeld am bisherigen Einkommen orientiert, bewerteten höhere Einkommensgruppen den Einfluss des Elterngeldes häufiger positiv als niedrigere Einkommensgruppen.

Einen signifikanten Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt es allerdings hinsichtlich der Bereitschaft, in Elternzeit zu gehen. 60 Prozent der Männer erklärten eine hohe Bereitschaft, die aber deutlich vom Einkommen des Befragten abhängig ist: je höher das Einkommen der befragten Männer, desto geringer die Bereitschaft, selbst Elternzeit zu nehmen. Hingegen wären 90 Prozent der Frauen auch mit einem hohen Einkommen dazu bereit, in Elternzeit zu gehen.

Mit der Einführung des Elterngeldes sind in der finanziellen Förderung von Familien neue Wege beschritten worden. Doch es müssen die Rahmenbedingungen für Frau und Mann stimmen, ohne Nachteile in den Beruf zurückkehren und dann Familie und Beruf vereinbaren zu können. Der Weg ist noch weit, denn die neuen Krippenplätze lassen noch auf sich warten. Zudem sind die Folgeprobleme längst nicht gelöst. Wohin mit den Kindern, wenn die 14 Monate Elternzeit vergangen sind? Und wer betreut die Kleinen am Nachmittag, wenn sie von Kindergärten und Schule nach Hause kommen?



Wir haben geholfen

SoVD erwirkt Nachzahlung in Höhe von 28000 Euro

Seit vielen Jahren leidet das SoVD-Mitglied Anna K. (Name geändert) unter einem hochgradigen Schmerzsyndrom und musste deshalb ihre Arbeit als Kassiererin aufgeben. Bis Oktober 2005 bezog die 45-Jährige eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit von der Deutschen Rentenversicherung. Für die Fortsetzung dieser Rentenzahlung stellte Frau K. einen Weitergewährungsantrag und wurde anschließend von mehreren Gutachtern der Rentenversicherung untersucht.

Der Antrag von Frau K. wurde daraufhin mit der Begründung abgelehnt, sie sei gesundheitlich wieder in der Lage, einer Vollzeittätigkeit nachzugehen. Der gegen diese Entscheidung eingelegte Widerspruch des SoVD-Mitglieds wurde 2006 zurückgewiesen, obwohl zahlreiche Fachärzte Frau K. ein langjähriges und sehr stark ausgeprägtes Schmerzsyndrom attestiert hatten. Schließlich wandte sich die Ratsuchende an das SoVD-Sozialberatungszentrum in Osnabrück und reichte mithilfe des Geschäftsstellenleiters Carsten Elmer Klage beim Sozialgericht in Osnabrück ein. Aus den dazugehörigen Unterlagen ging eindeutig hervor, dass die medikamentöse Behandlung von Frau K. an ihren Grenzen angekommen und außerdem ein weiteres Krankheitsbild hinzugekommen war. Die Deutsche Rentenversicherung blieb jedoch bei ihrer bis dahin vertretenen Auffassung. Weiter unterstützt vom SoVD, hat Frau K. nicht aufgegeben. Im April vergangenen Jahres ordnete das Sozialgericht schließlich eine medizinische Begutachtung an. Der eingeschaltete Gerichtsgutachter bestätigte, dass Frau K. unter einer schwerwiegenden chronischen Schmerzkrankung leide und nicht mehr fähig sei, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Das Blatt wendete sich und das Engagement des SoVD führte zu einem positiven Ausgang für Frau K.: Denn die Deutsche Rentenversicherung lenkte ein und zahlt nun nicht nur die volle monatliche Erwerbsminderungsrente, sondern auch eine Nacherstattung in Höhe von 28000 Euro.

Monitoringbericht belegt Risiken

Rente mit 67 unverantwortlich

Wer an der Rente mit 67 festhält, nimmt in Kauf, dass sich das Risiko der Altersarmut für ältere Beschäftigte deutlich erhöht. Die Rente mit 67 ist aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen nicht vertretbar. Die derzeitige und absehbare Beschäftigungssituation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfüllt nicht einmal im Ansatz die Rahmenbedingungen, die für die Rente mit 67 erforderlich wären.

Die Rente mit 67 vergrößert die Lücke zwischen Berufsaustritt und Renteneintritt und erhöht das Risiko von Altersarmut. Dies belegen auch die beiden im Dezember 2008 und Mai 2009 vorgelegten Monitoringberichte des „Netzwerks für eine gerechte Rente“, dem Gewerkschaften und Sozialverbände angehören, darunter auch der SoVD (Download des Berichtes unter www.sovd.de). Mit dem gemeinsamen Konzept von SoVD, DGB und Volkssolidarität „Erwerbstätigenversicherung: Rente mit Zukunft“ liegen konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung einer Erwerbstätigenversicherung vor, die in finanzieller und sozialpolitischer Hinsicht eine nachhaltige Fortentwicklung der Rentenversicherung darstellen.

Schweinegrippe: Mediziner warnen vor Prophylaxe

Krank durch falsche Vorsorge

Viele Deutsche mit harmlosem Schnupfen oder Husten schlucken Tamiflu oder andere virushemmende Mittel – aus Angst vor der neuen Influenza oder Schweinegrippe. Das Grippemittel wirkt jedoch gar nicht bei einer normalen Erkältung und kann gefährliche Nebenwirkungen haben, warnen Ärzte. Wenngleich etwa ein Viertel bis die Hälfte der Deutschen theoretisch an der Schweinegrippe erkranken könnte, besteht derzeit deshalb die größere Gefahr bei der ungerechtfertigten Einnahme von Grippe-Präparaten, die nur bei nachgewiesenen Grippefällen eingesetzt werden sollten.

Während die Influenza jedes Jahr vor allem Kinder und alte Menschen betrifft, ist es denkbar, dass ältere Menschen im Falle der Schweinegrippe bereits genügend Antikörper gegen ähnliche Virenstämme haben und nicht zur Hauptpersonengruppe der Erkrankten gehören.

An der Entwicklung eines Impfstoffes wird unter Hochdruck gearbeitet. Ob die herkömmliche Grippeimpfung zumindest teilweise Schutz gegen Schweinegrippe bieten kann, ist noch nicht endgültig geklärt. Die Wirkstoffe Oseltamivir und Zanamivir scheinen wirksam zu sein. Sie werden normalerweise zur Vorbeugung und Therapie der humanen Influenza eingesetzt. Laut Robert-Koch-Institut geht von der Schweinegrippe für die Bevölkerung nach wie vor keine allgemeine Gefährdung aus. Folgende Schutzmaßnahmen sollten beachtet werden: Der enge Kontakt zu erkrankten Personen sollte möglichst vermieden werden. Regelmäßiges Händewaschen mit Wasser und Seife schützt vor Erregern und verhindert, dass sich ein Virus weiterverbreiten kann. Wer die Hände vom Gesicht fernhält, verhindert, dass die Erreger auf die Schleimhäute übergehen können. Erkrankte Personen sollten Nase und Mund mit einem Taschentuch abdecken, wenn sie niesen, und dieses entsorgen.



Info

Fragen zur Schweinegrippe beantworten die Experten des Bundesgesundheitsministeriums unter Tel.: **01805/996619**, montags bis donnerstags von 8 bis 18 Uhr und freitags von 8 bis 12 Uhr.

dpa

Wahlprüfsteine des SoVD (Sozialverband Deutschland)

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für den 17. Deutschen Bundestag

Die Politik der Deregulierung und der Marktliberalisierung ist gescheitert. Die gegenwärtige, tiefgreifende Finanz- und Wirtschaftskrise führt uns allen deutlich vor Augen, wohin ein ungezügelter freier Wettbewerb und das einseitige Streben nach Profitmaximierung führen.

Die richtige Antwort auf die Krise kann aus Sicht des SoVD nur in der Stärkung der sozialstaatlichen Ordnung liegen, die Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen zum Ziel hat. Zur Verwirklichung dieser Ziele ist eine offensive, den Bedürfnissen der Menschen verpflichtete Sozialpolitik nötig, die wieder in den Mittelpunkt des Handelns von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft treten muss.

Nur ein aktiver Sozialstaat, der niemanden im Stich lässt, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit für alle gewährleistet und den solidarischen Zusammenhalt in der Gesellschaft fördert, kann zu einem wirksamen Schutzschild für die Menschen werden. Das gilt auch und gerade in Zeiten der Krise.

Vor diesem Hintergrund richten wir unsere Fragen an die Bewerberinnen und Bewerber für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag:

Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in den vergangenen Jahren weiter gewachsen und gefährdet zunehmend den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass auf allen Handlungsebenen mehr Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit hergestellt werden müssen? Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach ergriffen werden, um die steigende Kinderarmut zu bekämpfen? Werden Sie sich mit uns dafür einsetzen, dass existenzsichernde Leistungen an Hilfebedürftige stets bedarfsgerecht bemessen sein und den individuellen Lebenslagen weitestmöglich Rechnung tragen müssen?

Soziale Sicherheit im Alter

Die gesetzlichen Renten haben in den letzten fünf Jahren Kaufkraftverluste von mehr als 10 Prozent erlitten. Diese massiven Kaufkraftverluste sind im Wesentlichen auf die Nullrunden und geringen Rentenerhöhungen sowie auf die stetig gestiegenen Beitragsbelastungen zur Kranken- und Pflegeversiche-

rung zurückzuführen. Halten auch Sie es für dringend notwendig, den fortwährenden Wertverfall bei den Renten und den damit verbundenen schleichenden sozialen Abstieg der Rentnerinnen und Rentner zu stoppen? Werden Sie sich mit uns für Rentenerhöhungen einsetzen, die sich wieder stärker an den Löhnen orientieren und vor Inflationsverlusten schützen? Sehen Sie Handlungsbedarf für eine schrittweise Angleichung des Rentenwerts in den neuen Bundesländern und welche Maßnahmen befürworten Sie, damit in absehbarer Zeit gleiche Lebensarbeitsleistungen in Ost und West bei der Rente in gleicher Weise anerkannt und bewertet werden?

Die massiven Leistungseinschnitte bei den Renten, die langfristige Rentenniveaubasenkung und der Wandel in der Arbeitswelt werden zu einem Anstieg der Altersarmut führen. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass dem drohenden Anstieg von Altersarmut schon heute mit gezielten Maßnahmen begegnet werden muss? Welche Maßnahmen müssen Ihrer Auffassung nach ergriffen werden, um dem verschärften Armutsrisiko von Niedriglohnbeziehenden und Langzeitarbeitslosen entgegenzuwirken? Sehen auch Sie dringenden Handlungsbedarf, damit eine Erwerbsminderung nicht zur Armutsfalle wird, und unterstützen Sie die SoVD-Forderung nach Abschaffung der Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten? Werden Sie sich mit uns für die Fortentwicklung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung einsetzen, damit die Erwerbstätigen ohne obligatorische Alterssicherung vor Altersarmut geschützt sind? Teilen Sie unsere Auffassung, dass die Rente mit 67 wieder abgeschafft werden muss, weil sie mit der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht vereinbar ist?

Erhalt und Stärkung der gesetzlichen Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) muss für die Menschen da sein. Krankheit darf in Deutschland kein Armutsrisiko sein. Der SoVD lehnt den Gesundheitsfonds ab, da er die dringenden Finanzprobleme der GKV nicht löst und Kostensteigerungen einseitig auf die Mitglieder abwälzt.

Sind Sie mit uns der Meinung, dass den Patienten und Versicherten keine weiteren Belastungen zugemutet

werden dürfen und der bestehende einheitliche Leistungskatalog in der GKV nicht zur Disposition gestellt werden darf? Werden Sie sich mit uns gegen die Einführung von Zusatzbeiträgen für die Versicherten wenden und für den gleichen Zugang aller Menschen zu einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung eintreten? Unterstützen Sie deshalb unsere Forderung, die GKV zu einer solidarischen Bürgerversicherung fortzuentwickeln? Welche Schritte planen Sie, um den bereits erkennbaren Weg in eine Zwei- bzw. Mehrklassenmedizin in Deutschland zu stoppen?

Für eine würdevolle Pflege

Ein zentrales Anliegen des SoVD ist die Sicherstellung einer würdevollen Pflege. Wir wollen die Pflegestrukturen in Deutschland mit dem Ziel weiterentwickeln, die häusliche Pflege zu stärken und alternative Wohnformen für pflegebedürftige Menschen auszubauen. Teilen Sie mit uns die Auffassung, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Qualität in der häuslichen Pflege zu sichern? Welche Vorschläge werden Sie einbringen, um die dringend notwendige Unterstützung pflegender Angehöriger sicherzustellen und den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ umzusetzen? Unterstützen Sie unsere Forderung nach einer präventiv ausgerichteten Gesundheitsversorgung, damit Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich vermieden werden kann? Ist Ihre Partei mit uns der Meinung, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff eine Chance ist, den individuellen Pflegebedarf differenzierter zu erfassen? Welches bekannte Finanzierungsszenario bevorzugen Sie? Teilen Sie unsere Meinung, dass durch die Neuordnung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs der Pflegebedarf im Einzelfall vollständig abgedeckt sein muss? Sind Sie mit uns der Ansicht, dass die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs nicht unter dem Diktat der Kostenneutralität stehen darf?

Politik für Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Die Inklusion – also die vollständige Einbeziehung behinderter Menschen in die Gesellschaft von Anfang an – muss zum Leitprinzip politischen und gesellschaftlichen Handelns werden.

Welcher Handlungsbedarf ergibt sich nach Ihrer Ansicht durch die UN-Behindertenrechtskonvention und welche Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention befürworten Sie?

Unterstützt Ihre Partei die Forderung des SoVD nach verbindlichen Aktionsprogrammen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zur Umsetzung der Konvention unter Einbindung der Betroffenen und ihrer Verbände? Werden Sie mit uns dafür eintreten, dass das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder in Deutschland endlich von der Ausnahme zur Regel wird? Welche Schritte sind hierzu aus Ihrer Sicht, auch in bundespolitischer Hinsicht, notwendig? Welche Maßnahmen befürworten Sie, um das Recht behinderter Menschen auf Zugang zu qualifizierter Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sicherzustellen? Unterstützen Sie die Forderungen des SoVD nach qualifizierten Beratungs- und Begleitungsangeboten sowie aktiven Beschäftigungsprogrammen? Sind Sie mit uns der Ansicht, dass die Arbeitgeber ihre Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nur sehr unzureichend erfüllen, und welche Maßnahmen befürworten Sie, um dies nachhaltig zu verändern?

Sind Sie mit uns der Meinung, dass Barrierefreiheit eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass behinderte Menschen ihr Leben selbstbestimmt und eigenständig gestalten können? Welche Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit befürworten Sie? Werden Sie sich gemeinsam mit uns dafür einsetzen, die Vergabe öffentlicher Aufträge strikt an das Kriterium der Barrierefreiheit zu binden? Unterstützen Sie die Arbeit der Behindertenverbände im Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit – auch in finanzieller Hinsicht?

Unterstützen Sie unsere Forderung, bestehende Schutzlücken im europäischen Antidiskriminierungsrecht zu schließen und damit für Frauen, ältere und behinderte Menschen Schutz vor Diskriminierung auf europaweit einheitlichem, hohem Niveau zu ermöglichen? Werden Sie sich mit uns dafür einsetzen, dass die Eingliederungshilfe zu einem Leistungsgesetz weiterentwickelt wird, das sich an der Personenzentrierung sowie der individuellen Bedarfsdeckung unter Achtung des Wunsch- und Wahlrechts der Betroffenen ausrichtet?

Arbeit muss zum Leben reichen

Fast ein Viertel aller abhängig Beschäftigten arbeitet für einen Niedriglohn. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass der ausufernde Niedriglohnsektor zurückgedrängt und neben den tariflichen Mindestlöhnen auch ein gesetzlicher Mindestlohn als bundeseinheitliche Lohnuntergrenze eingeführt werden muss? Werden Sie sich für einen besseren sozialen Schutz bei Leiharbeit stark machen, insbesondere für gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung von Leiharbeiterinnen bzw. -arbeitnehmern und der Stammbeslegschaft? Führt der massive Einsatz von Ein-Euro-Jobs Ihrer Einschätzung nach zu einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten der regulären Beschäftigung? Teilen Sie unsere Auffassung, dass stattdessen andere Formen der öffentlich geförderten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung als Eingliederungsinstrument für Langzeitarbeitslose stärker genutzt werden müssen?

Frauen fördern – Familien stärken – Lohnungleichheit beseitigen

Trotz des verfassungsrechtlichen Gleichstellungsgebots sind Frauen im beruflichen und gesellschaftlichen Leben nach wie vor benachteiligt. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um für Frauen tatsächlich Chancengleichheit in Beruf und Gesellschaft zu verwirklichen? Sind Sie mit uns der Meinung, dass Frauen, die Kinder erziehen und Familienangehörige pflegen, Arbeitsplatzgarantien und Hilfen zur Rückkehr in den Beruf brauchen? Welche Maßnahmen befürworten Sie, um Frauen mit Behinderungen die gleichen Ausbildungs- und Berufschancen zu bieten? Welche Vorschläge unterbreiten Sie, um auch behinderte Frauen in der Familie zu entlasten? Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und die eigenständige soziale Sicherung der Frau zu verstärken? Werden Sie sich für den flächendeckenden Ausbau von bezahlbaren Kinderbetreuungseinrichtungen einsetzen? Wie wollen Sie gegen die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen, die bei 23 Prozent liegt, vorgehen? Befürworten Sie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, so wie der SoVD?

Grafik: Herrndorff/SoVD
Foto: ewolf/fotolia



Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e.V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro

Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich 1/2-jährlich

jährlich

ab	KontoinhaberIn
Konto	BLZ
Geldinstitut	

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein ja

Ort, Datum

Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:

Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:

Name	1 Name und Geburtsdatum
Straße	2 Name und Geburtsdatum
PLZ, Ort	3 Name und Geburtsdatum
SoVD Ortsverband	4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

Treffen der Vorstandsmitglieder in Sachsen-Anhalt

Landesvorstandssitzung im Berufsbildungswerk Stendal

Am 10. Juni wurde die erste Landesvorstandssitzung des SoVD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt in diesem Jahr durchgeführt. Dieser Termin sollte unbedingt noch vor dem 1. Sozialgipfel am 24. Juni in Magdeburg stattfinden, damit alle Vorstandsmitglieder noch einmal umfassend informiert werden konnten.

Vonseiten des SoVD konnten 50 Personen teilnehmen, um so verstärkt in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erlangen. Als Gäste konnten der SoVD-Präsident Adolf Bauer sowie der Landesgeschäftsführer des SoVD Niedersachsen, Dirk Swinke, begrüßt werden. Adolf Bauer referierte im Rahmen des Sozialgipfels zum Thema Pflege.

Auf der Tagesordnung standen weitere Themen aus den Bereichen Sozialpolitik und Frauenarbeit sowie zur aktuellen Finanzsituation.

Wie inzwischen schon oft, war der Landesvorstand zu Gast im Berufsbildungswerk Stendal. Dort stand das neu entstandene Konferenz- und Beratungszentrum zur Verfügung, welches hervorragende Tagungsbedingungen sowie eine ausgezeichnete gastronomische Versorgung bot. Der Dank des Landesverbandes ging daher an den Geschäftsführer Gunter Wittig, der diese Nutzung ermöglicht hat.

Für November ist eine weitere Lan-



Zu der Landesvorstandssitzung erschien neben der Landesvorsitzenden des SoVD Sachsen-Anhalt, Kerstin Römer (vorne, 2. v. li.), auch SoVD-Präsident Adolf Bauer (stehend, 2. v. li.).

desvorstandssitzung in Form einer Informationsveranstaltung geplant, zu der zusätzlich alle Kreisvorsitzenden eingeladen werden sollen.

Abgerundet wird die Veranstaltung durch einen netten Jahresabschluss als Dankeschön an die ehrenamtlich Tätigen.

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut Schüler helfen Senioren mit Computer & Co

Gerade die ältere Generation hat mit Computern, E-Mails und Digitalkameras oft ihre liebe Not. In Leeste bringen Schüler bei einem Computerkurs für Senioren Licht ins Dunkel.

Schüler der Kooperativen Gesamtschule (KGS) Leeste nehmen seit dem 26. Mai Senioren die Scheu vor dem Rechner. Auch das Internet wird gemeinsam erkundet und englische Fachbegriffe werden besprochen. Dieses neue Projekt setzt die Reihe „Gut tun macht Schule“ des SoVD Kirchweyhe erfolgreich fort.

Organisiert wurde es gemeinsam mit Lutz Herjes, der fast 25 Jahre lang in der Digitalmedien-Branche

tätig war und die Probleme und Unsicherheiten nur zu gut kennt. Viele Senioren nehmen bereits an diversen Computerkursen teil. Aber oft tauchen gerade nach einem solchen Kurs bei der Umsetzung zu Hause Probleme auf. Auch hier wollen die Schüler beistehen und bei Bedarf „Nachhilfe“ zu Hause geben.

Jeweils zwölf Senioren haben die Gelegenheit, am Basiskurs in der Kooperativen Gesamtschule

Leeste teilzunehmen. Das Projekt wird so gut angenommen, dass es bereits eine Warteliste gibt. Die Initiatoren freuen sich über den großen Andrang und vor allem über das Engagement der jugendlichen Computerlehrer.



Hannover-96-Trikot ermöglicht Reittherapie

Der SoVD Sehnde und die Sparkasse Hannover erfüllten in Zusammenarbeit mit der Aktion Kindertraum Herzenswünsche. So konnte unter anderem durch den Verkauf eines Originaltrikots des Fußballvereins Hannover 96 der krebserkrankten Nina die Teilnahme an einer Reittherapie finanziert werden.

Dem Engagement mehrerer Beteiligten ist es zu verdanken, dass die krebserkrankte Nina endlich die ersehnte Reittherapie machen kann. Der Chef des Fußballclubs Hannover 96, Martin Kind, stell-

te dem SoVD Sehnde ein Trikot mit Unterschriften der aktuellen Mannschaft für die Kampagne Gut tun – tut gut zur Verfügung. Die Sparkasse Hannover erwarb dieses Trikot vom SoVD für 250

Euro. Der Verkauf war jedoch nur symbolisch, denn wie der Scheck wurde auch das Trikot an die Aktion Kindertraum gespendet. So konnte sich Gründerin Ute Friese gleich über zwei Geschenke freuen. Mit der Geldspende wird der krebserkrankten Nina ein langer gehegter Wunsch erfüllt: Sie darf an einer Reittherapie teilnehmen. Nina freut sich schon sehr auf die Begegnung mit den großen Vierbeinern. Auch das Trikot wird sicher einen würdigen Besitzer finden und ein Kinderherz erfreuen.

Brigitte Thomas, Vorsitzende des Ortsverbandes Sehnde, freute sich über die gute Zusammenarbeit mit der Sparkasse und der Aktion Kindertraum und betonte: „Die Kampagne Gut tun – tut gut zeigt mit vielen praktischen Beispielen, dass es eigentlich ganz leicht ist, für andere Menschen da zu sein.“ Beispielsweise haben Mitglieder des SoVD Sehnde Kindern vorgelesen, Senioren besucht sowie Kinder betreut, während deren Eltern eine kleine Auszeit genossen.



Von links: Harald Schröder (Vertriebsdirektor Sparkasse Hannover), Brigitte Thomas (SoVD-Ortsverband Sehnde) und Ute Friese (Aktion Kindertraum) bei der Übergabe des Trikots von Hannover 96.

Senioren spielen Theater und bringen dabei ganz persönliche Erfahrungen mit ein

„Und das in deinem Alter!“

Im Alter sind viele Menschen – gewollt oder ungewollt – mit Veränderungen konfrontiert: Der Berufsalltag entfällt mit dem Einsetzen der Rente, die Kinder sind aus dem Haus und im schlimmsten Fall ist der Tod von Freunden oder gar des langjährigen Partners zu beklagen. Was bleibt, ist ein Gefühl des Alleinseins, über das kaum jemand öffentlich spricht. Eine Gruppe Berliner Senioren hat ihre Erlebnisse im „Theater der Erfahrungen“ auf die Bühne gebracht. Mit ihrem Stück „Ach du liebes bisschen!“ zeigen sie, dass man mit dem Thema Liebe und Partnerschaft im Alter offen und durchaus humorvoll umgehen kann.

Es ist stürmisch und verregnet an diesem Donnerstagabend. Der Wind drückt von außen gegen die Fenster des „Hauses der Jugend“ im Berliner Stadtteil Wedding. In dem Foyer der Jugendeinrichtung stehen vorwiegend ältere Menschen grüppchenweise zusammen. Sie unterhalten

„Die Liebe ist eine tolle Krankheit, da muss man gleich zu zweit ins Bett!“

er es durchaus gewohnt, vor anderen Menschen zu reden. Schauspieler und Singen – das waren für ihn neue Erfahrungen, als er sich vor zehn Jahren der Gruppe „Ostschwung“ anschloss. An diesem Abend spielt er einen Rentner, der über eine Kontaktanzeige eine Frau kennenlernt.

Walter Nagel ist 79 Jahre alt und – Erfahrung hin oder her – er hat Lampenfieber.

Als sich schließlich die Türen des großen Mehrzwecksaals öffnen, strömt alles fröhlich und erwartungsvoll hinein. Viele der Zuschauer haben bereits andere Aufführungen der Gruppe besucht, einige waren selbst als Schauspieler dabei. Während die zuletzt Eintreffenden noch ihre Plätze suchen, erklingt im Hintergrund leise Musik aus den Dreißiger- und Vierzigerjah-



sich angeregt und man merkt ihnen die Vorfreude auf die bevorstehende Aufführung an. Auf einem Tisch neben dem Eingang liegen Broschüren, die auf andere Veranstaltungen des Projektes „Theater der Erfahrungen“ hinweisen. Erfahrung darf man dabei wörtlich nehmen, denn wer hier auf der Bühne steht, hat sein Berufsleben meist hinter sich gelassen.

Zum Beispiel Walter Nagel: Als ehemaliger Fachhochschullehrer ist

ren. Eine grauhaarige Dame in der zweiten Reihe hat einen der Schlager wiedererkannt, leise summt sie die Melodie mit. Mit dem Erlöschen des Lichts im Saal verstummen auch die letzten Gespräche und rund 70 Augenpaare richten sich erwartungsvoll zur Bühne.

Bernhard Menk tritt als Erster vor den Vorhang, um den Hals eine Gitarre. Mit seinen 61 Jahren ist der ehemalige Orthopädiemechaniker so etwas wie der „junge Wilde“

unter seinen Theaterkollegen, deren ältestes Mitglied gerade den 88. Geburtstag gefeiert hat. Auf die Frage, was ihn denn zum Theaterspielen gebracht habe, antwortet Menk ohne Umschweife:

„Ich bin dazu gekommen wie die Jungfrau zum Kinde, als jemand aus der Gruppe verstorben ist, der bis dahin die musikalische Begleitung mit dem Akkordeon gemacht hatte.“ Seitdem also spielt Menk Gitarre und singt auch selbst dazu. Das Singen vor Publikum ist der hühnerhafte Berliner gewohnt, lange Zeit hat er in so genannten „Singeclubs“ auf den Straßen Musik gemacht. Vielleicht stammt seine eindrucksvolle Stimme aus dieser Zeit, zumindest dürfte sie der Grund dafür sein, dass man ihm seine Nervosität nicht anmerkt. Dabei ist Menk nervös, denn als Theaterschauspieler steht er heute zum ersten Mal auf der Bühne.

Nach und nach treten auch die übrigen Spieler vor das Publikum. Die fünf Frauen und drei Männer tragen kurze Verse vor, mit denen sie auf das Thema ihres Stückes einstimmen wollen. Es geht um die Angst vorm Alleinsein, um den Mut zum Neuanfang, wenn der langjährige Partner verstorben ist oder die Kinder aus dem Haus sind, kurz: Es geht um Liebe. „Die Liebe ist ein Omnibus, auf den man lange warten muss. Und kommt man schließlich angewetzt, ruft der Schaffner: ‚Schon besetzt!‘“ so eine der zitierten Weisheiten. Eine weitere lautet: „Die Liebe ist eine tolle Krankheit, da muss man gleich zu zweit ins Bett!“

Was im ersten Moment vielleicht etwas albern klingt, soll helfen, sich dem schwierigen Thema Einsamkeit zu nähern. Walter Nagel, der einige der Liedtexte des Stückes geschrieben hat, war selbst mehrere Jahre allein. Er ist überzeugt davon, dass es vielen älteren Menschen ähnlich geht, dass auch sie sich einsam fühlen. Das wollten er und seine Mitspieler zur Sprache bringen. Geschafft haben sie dies durch kurze Szenen und verschiedene Lieder, die alles andere als bedrückend wirken, sondern vielmehr heiter und beschwingt. „Das wollten wir auch,“ erklärt Walter Nagel. „Wir wollten, dass man mit den Problemen, die man im Alter hat, so umgeht, dass man selbst noch Freude daran hat, die Probleme zu lösen.“

Im Laufe des Abends werden dem Publikum verschie-



Fotos (3): Heidi Scherm

Die Mitglieder der Gruppe „Ostschwung“ sind erst im Rentenalter zum Theater gekommen. In ihre Stücke bringen sie eigene Erfahrungen mit ein und erreichen dadurch eine hohe Glaubwürdigkeit. Vor allem aber vermitteln sie mit ihrem Spiel unglaublich viel Spaß.

dene Lösungsansätze präsentiert. Eine Möglichkeit: das Schalten einer Kontaktanzeige. Doch als die von Walter Nagel gespielte Figur damit Erfolg hat und sich tatsächlich ein Rendezvous anbahnt, übernehmen die anderen Darsteller die Rollen der Kritiker: Eindringlich und vorwurfsvoll wollen sie Nagel die Verabredung ausreden: „Und das in deinem Alter! Die ist doch nur hinter deiner Rente her! Haste dir mal überlegt, was deine Kinder dazu sagen? Die lachen dich doch aus! Willste dich

in deinem Alter noch vor jemandem nackt ausziehen?“ Um es vorweg zu nehmen: Das Treffen findet allen Bedenken zum Trotz dennoch statt. Irm Schulze, die das weibliche Gegenstück zu der erfolgreichen Kontaktanzeige spielt, war früher Verwaltungsangestellte. Als Jugendliche hat sie schon einmal Theater gespielt. An ihrem heutigen Hobby mag sie, dass sie eigene Erfahrungen und Ideen mit einbringen kann. Vor allem aber will sich die Mutter zweier Kinder selbst beweisen: „Ich will mich nicht nur berieseln lassen, ich will selbst was machen. Ich hab mein Leben lang nur funktioniert. Jetzt möchte ich etwas machen, was ich gerne machen möchte. Und das ist so schön!“

Das Gefühl überträgt

sich auch auf das Publikum. Albern, das ist den Gesichtern anzusehen, findet das Stück niemand. Vermutlich können viele der Anwesenden sogar nachvollziehen, wie schwierig es ist, im Alter einen neuen Partner zu

finden. Eine der Figuren formuliert es so: „Schlaftabletten gibt's auf Rezept. Den Mann fürs Leben nicht.“ An dieser Stelle nickt die Dame in der zweiten Reihe zustimmend mit dem Kopf und schmunzelt dabei. Woran sie wohl denken mag? Vielleicht würden sich auch einige ihrer Erfahrungen gut zu einem Theaterstück verarbeiten lassen. In jedem Fall aber lässt sich das Thema an einem einzigen Abend kaum erschöpfend behandeln – zu diesem Schluß kommt auch das Ensemble: „Tja, so ist das mit der Liebe. Oder ganz anders. Wir wissen zwar nicht, ob man mit Liebe die Welt verändern kann. Aber wir versuchen es.“

jb



Info

Weitere Fotos gibt es im Internet unter http://projekte.heidischerm.de/Ostschwung_Liebe_2009/.

Die Gruppen des „Theaters der Erfahrung“ spielen ihre Stücke deutschlandweit in verschiedenen Einrichtungen. Details hierzu finden Sie im Internet unter www.theater-der-erfahrungen.de.

Wettbewerb zum Thema: 20 Jahre Deutsche Einheit

Am 9. November 1989 fiel die Mauer – die Auswirkungen des Einigungsprozesses sind jedoch noch bis heute zu spüren. Nicht selten wird das Thema „Ost und West“ daher leidenschaftlich diskutiert. Hinter all dem stehen aber immer auch die ganz persönlichen Erfahrungen von Menschen. Sie geben der deutschen Einheit ein Gesicht.

Die SoVD-Zeitung ruft alle Mitglieder und Leser dazu auf, ihre Geschichten mit uns zu teilen: Schicken Sie uns Fotos oder Geschichten, die das Ereignis „20 Jahre Deutsche Einheit“ für Sie widerspiegeln! Wo waren Sie, als die Mauer fiel? Welche sonstige Anekdote symbolisiert für Sie den Prozess der Wiedervereinigung?

Unsere Anschrift: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Redaktion, Stichwort „20 Jahre Deutsche Einheit“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: redaktion@sovde.de.

In den kommenden Ausgaben werden wir die verschiedenen Preise näher vorstellen. Einsendeschluss ist der 3. Oktober 2009.





Filmtipp

Inge Meysel als Gertrud Stranitzki

Inge Meysel, die am 10. Juli vor fünf Jahren verstarb, hätte vor wenigen Wochen ihren 99. Geburtstag gefeiert. Nun ist eine DVD-Box erschienen, welche die Schauspielerin in einigen ihrer beliebtesten Rollen zeigt.

„Gertrud Stranitzki“ stammt von dem Erfolgsautor Curth Flatow („Ich heirate eine Familie“), der Inge Meysel die Figur der resoluten Schneiderin mit Herz auf den Leib geschneidert hat. Seither war sie die „Mutter der Nation“.

„Es war eine schöne Zeit damals“, sagte Inge Meysel über ihre Rolle. „Sogar auf dem Flughafen wurde ich von mitreisenden Passagieren angesprochen, welches Nähgarn ich verwende. Das war schon sehr komisch.“



Über ihr tatsächliches Talent zum Nähen wollte sie „lieber gar nicht reden“. Ihren Witz und ihre Schlagfertigkeit übertrug die beliebte Schauspielerin schon damals auf ihre Rolle: Als resolute Mittfünfzigerin leitet sie eine kleine Schneiderei in ihrer Berliner Wohnung. Mit ihren Angestellten arbeitet sie der Modefirma Weniger zu. Auch ihr Mann Albert (Peter Dornseif) arbeitet als Steuerberater von zu Hause. Für die Sorgen und Probleme anderer hat die patente Schneiderin immer ein offenes Ohr – ihr Mann hat oft

das Nachsehen. Doch zum Glück ist Albert ja die Geduld in Person...

Inge Meysel als Gertrud Stranitzki & Ida Rogalski, 5 DVDs, ca. 800 Min., Studio Hamburg/Alive, EAN: 4031778910457, 49,95 Euro.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges insgesamt drei DVD-Boxen. Bei Interesse schicken Sie eine E-Mail an: filmtipp@sovd.de, bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „Filmtipp“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss: 15. Juli 2009.

Variante: LEICHT

			6	9			1
	2	6	7			○	8
4			8	5			6
8	5					7	4
	1	○	9		6		
9	3					8	2
6	○		1	4			3
1				2	4	6	
7			6	3			

Auflösung des Vormonats

5	3	4	2	9	6	1	8	7
6	2	1	5	8	7	9	4	3
9	8	7	4	1	3	5	2	6
3	6	5	9	4	2	8	7	1
2	7	8	1	6	5	4	3	9
4	1	9	7	3	8	2	6	5
7	5	6	8	2	1	3	9	4
1	9	2	3	7	4	6	5	8
8	4	3	6	5	9	7	1	2

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

1	5						6
	7	8		4	1	○	
	6	1	5		2		
		3		○			8
6			1				2
	2			9			
		9		4	1	5	
	○	1	2		5	8	
	6					9	1

Auflösung des Vormonats

9	4	5	7	2	8	6	3	1
1	3	7	9	5	6	4	8	2
2	8	6	1	4	3	9	7	5
5	1	3	6	9	7	2	4	8
7	9	2	5	8	4	3	1	6
8	6	4	2	3	1	7	5	9
4	5	1	3	6	9	8	2	7
3	7	9	8	1	2	5	6	4
6	2	8	4	7	5	1	9	3

Um eines von drei Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: sudoku@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.



Mit spitzer Feder



Der Magdeburger Zeichner und Karikaturist Phil Hubbe befasst sich oft mit Themen, die als politisch unkorrekt gelten. Über das Thema Behinderung mache man keine Witze – so ein häufiger Einwand. Phil Hubbe, der selbst an Multipler Sklerose erkrankt ist, empfindet jedoch genau das als diskriminierend. Mit seinen Zeichnungen legt er den Finger bewusst in die Wunde und ermöglicht es behinderten wie nicht behinderten Menschen, gemeinsam zu lachen. Hubbes Karikaturen erscheinen regelmäßig in verschiedenen Tageszeitungen und Zeitschriften.



Gesund werden - gesund bleiben

Was hilft bei Arteriosklerose?

Arteriosklerose entsteht durch Ablagerungen in den Blutgefäßen. Fett lagert sich an den Innenwänden ein und verkalkt dort im Laufe der Zeit. Gefäßverkalkung ist häufig die Ursache für verschiedene Erkrankungen, wie Herzinfarkt oder Schlaganfall.

Mit zunehmendem Alter erhöht sich das Risiko, von Arteriosklerose betroffen zu werden. Unser Lebensstil trägt jedoch viel dazu bei, in welchem Alter dieser Prozess beginnt und wie stark die Verkalkung ausgeprägt wird. Rauchen, Bewegungsmangel, erhöhter Cholesterinspiegel

und Übergewicht sind die häufigsten Ursachen.

Arteriosklerose an sich verursacht zunächst keine Beschwerden; erst wenn der Blutfluss stark eingeschränkt ist, merkt man, dass etwas nicht stimmt. Die Beschwerden hängen damit zusammen, in welcher Körperregion der Blutfluss eingeschränkt ist. Im Gehirn verursacht Arteriosklerose Schlaganfälle, im Herzen führt sie zum Herzinfarkt oder zur Herzschwäche. In den Nieren kann es zum völligen Nierenversagen kommen. Doch auch die Beine können von Arteriosklerose

betroffen sein. Hier führt sie zum sogenannten Raucherbein oder zur Schaufensterkrankheit.

Arteriosklerose ist vermeidbar. Wichtig ist hierbei, sich gesund zu ernähren, Sport zu treiben, auf den Genuss von Zigaretten zu verzichten. Auch eine Gewichtsreduktion (bei Übergewicht) kann viel dazu beitragen, Gefäßverkalkung zu verhindern oder bereits bestehende Verkalkung nicht weiter zu verschlimmern. Arteriosklerose kann zudem durch den Genuss von Kohlrabi vorgebeugt werden.

www.100-gesundheitstipps.de



Stimmt es eigentlich, dass...

... sich Australien mit einem Zaun vor einer Kaninchenplage schützen wollte?

Als Kaninchen in Australien auftauchten, verbreiteten diese sich in sprichwörtlichem Tempo und waren bald so lästig, dass die Australier einen großen Plan in die Tat umsetzten: Sie zogen einen Zaun durch das Land. Der sollte wenigstens die eine Hälfte kaninchenfrei halten. Stimmt diese Geschichte?

Die Kaninchen „landeten“ in Australien, als im Jahr 1859 der Engländer Thomas Austin 24 der Mümmelmänner mit auf den Kontinent brachte. In Australien gab es vor der Besiedlung durch den Menschen außer Beuteltieren und Fledermäusen keine Säugetiere, sodass jede neu eingeführte Art sich in Abwesenheit natürlicher Feinde ungehindert vermehren konnte. Bei den Kaninchen kam noch der sprichwörtliche Fortpflanzungstrieb dazu und so wurden sie binnen weniger Jahrzehnte zur kontinentalen Plage, die das kostba-

re Weideland ratzekahl fraß.

1901 beschloss eine königliche Kommission, den Südwesten, der noch weitgehend karnickelfrei war, mit einem Zaun zu schützen, der das Land von Küste zu Küste durchzog. Der „No.1 Rabbit Fence“ war mit über 1800 Kilometern der längste Zaun der Welt. Ständig mussten Ranger auf Kamelen und Fahrrädern kontrollieren, ob er auch wirklich keine Löcher hatte.

Der Erfolg war nicht sehr durchschlagend: Schon 1904 wurden westlich des Zauns Kaninchen ge-

sichtet. Die Regierung ordnete den Bau eines zweiten und später eines dritten Zauns an, sodass die Kaninchen Sperre bis 1907 auf eine Länge von über 3200 Kilometern ausgedehnt wurde.

Genützt hat das alles nicht viel. 1930 schrieb ein lokaler Beamter an die Regierung, die Kaninchen seien mittlerweile in dem umzäunten Gebiet zahlreicher als außerhalb. Die Hasentiere sind weiterhin eine Plage in Australien, heute dient der Zaun als Schutz gegen Emus und Dingos.

Die wilden Hunde von den Schafherden fernhalten sollte auch ein zweiter Rekordzaun, den die Australier errichteten: Der „Dingo Fence“ durchzieht den Osten des Landes und war zwischenzeitlich über 8000 Kilometer lang – länger als die Chinesische Mauer. Heute sind davon immerhin noch über 5000 Kilometer übrig geblieben.

Christoph Drösser beantwortet in der SoVD-Zeitung regelmäßig Fragen des Alltags. Der Wissenschaftsredakteur arbeitet bei der Wochenzeitung „Die Zeit“. Seine Kolumne „Stimmt's?“ hinterfragt auf unterhaltsame Weise den Wahrheitsgehalt von Alltagsweisheiten. Inzwischen sind die Texte von Christoph Drösser in Buchform erschienen und auch in verschiedenen Radiosendern regelmäßig zu hören.

DDR- Auto aus Zwickau	Stadt an der Ems	auf angeführter Seite (Abk.)	Nordsee-bad in Schlesw.-Holstein	Berliner Wappentier	hoch im Preis	Ehren-staffel b. Staats-besuchen	Abk.: Oktanzahl	kurz und bündig	besitz-anzei-gendes Fürwort	Zunft, Gilde	Aal-fang-gerät	kleine seichte Bucht
						Stadt d. Messer-fabriken						Hochge-birgs-weide
ugs.: Prügel				Teil des Gebisses						Kfz-Z. Sachsen-Anhalt (Reg.)	4	
				Leber-sekret		ver-borgen, geheim	Schlag-stock, Schläge, Knüppel		9			
deutscher Strom zur Nordsee	Werre-Zufluss		trans-kaukas. Land-schaft							Dorf-wiese		Begren-zung des Eisho-ckeyfelds
Stadt in der Ober-platz							lästiges Bitten	Ge-treide-bündel Grill				
										Abk.: Erd-geschoss	Welt-organi-sation (Abk.)	süddt.: zu Ende
Motor-rad-fahrer-schutz	Ungebil-deter, Rohling		matt, schwach				Zustand heftiger Gefühls-bewegung					
Strauch-frucht						soziale Position	italie-nisch: Liebe	Termin-planer				
beglückt	Sparte, Beruf	türk. Anis-brannt-wein		Satzung						nieder-länd. Name der Rur	5	
seem.: Ver-mittler						griech. Gott, Sohn der Leto						
ugs.: schwer arbeiten							Stadt am Nieder-rhein					
Havel-Zufluss						auf-dring-lich, frech						

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Frage des Monats

Im Juni hatten wir gefragt, ob Sie es angesichts der Europawahlen begrüßen würden, wenn in den Mitgliedsländern der EU zunehmend gleiche Standards in der Sozialgesetzgebung gelten würden. Insgesamt 47 Prozent der Abstimmungsteilnehmer sprachen sich dafür aus, während die übrigen 53 Prozent gegenteiliger Meinung waren.

Die Frage des Monats Juli lautet:

Bezogen auf die Patientenverfügung hat der Bundestag vor kurzem die Rechte von Patienten und Angehörigen gestärkt (siehe Seite 2). Haben Sie selbst bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen?

Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage www.sovd.de. Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren. Die Redaktion wertet alle Antworten aus und bemüht sich, diese – eventuell gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen.

Bundesschatzmeisterin

Pauschaltarife lohnen sich nur für Vieltelefonierer

Der „Tarifdschungel“ im Telefonbereich ist teilweise nur schwer zu durchdringen: So bieten etwa immer mehr Anbieter Pauschaltarife an – sogenannte Flatrates. Im Mobilfunkbereich lohnen diese sich jedoch nur, wenn auch konstant viel mit dem Handy telefoniert wird. Das gilt umso mehr für den Fall, dass der gewählte Tarif eine Laufzeit von 24 Monaten hat. Darauf hat erst kürzlich das Telekommunikationsportal teltarif.de hingewiesen. Für die Verbraucher gilt es daher, vor dem Abschluss eines Vertrages genau zu prüfen, in welchem Umfang und vor allem in welche Netze tatsächlich telefoniert wird.

Derzeit können Pauschaltarife für etwa 60 Euro im Monat abgeschlossen werden. Diese lohnen sich nach Berechnungen des Serviceportals jedoch nur dann, wenn auch mindestens elf Stunden im Monat mit dem Handy telefoniert wird. Deutlich günstiger seien dagegen Prepaid-Discounter mit einem einheitlichen Minutenpreis von etwa neun Cent.

Darüber hinaus fallen auch bei einer Sprachflatrate zusätzliche Kosten an – etwa für Kurznachrichten (SMS) oder Gespräche ins Ausland. Wer also nur in einem vorab überschaubaren Zeitraum besonders viel telefoniert, sollte einen monatlich kündbaren Pauschaltarif nutzen, den auch verschiedene Prepaid-Anbieter im Programm haben. Häufig werden gerade bei den gängigen Pauschaltarifen zudem nur Gespräche ins Festnetz sowie in das jeweilige Mobilfunknetz des Betreibers abgedeckt. Zeit, die darüber hinaus in andere Netze telefoniert wird, schlägt häufig mit deutlich höheren Preisen zu Buche. Auch dieser Nachteil lässt sich nach Auskunft von teltarif.de vermeiden, indem auf die Angebote einzelner Prepaid-Anbieter ausgewichen wird.

Nähere Informationen finden Sie im Internet unter www.teltarif.de.

Gewinner des Monats Juni

Die Redaktion der SoVD-Zeitung gratuliert allen hier Genannten recht herzlich zu ihrem Gewinn! Die Namen werden in der SoVD-Zeitung sowie im Internet veröffentlicht; der Versand der Gewinne erfolgt wenige Tage nach Erscheinen der aktuellen Ausgabe.

Kreuzworträtsel

- Herbert Katzor (Bremen)
- Bernhard Körtko (Rosche)
- Margret Ludwig (Oberursel)

Sudoku

- Ernst-Dieter Köpke (Steinburg)
- Gerlinde Duns (Bleckede)
- Peter Radvan (Berlin)

CD-Tipp

- Angelika Witte (Düsseldorf)
- Gundel Deisenroth (Siegburg)
- Gisela Grikschas (Meldorf)

Buchtipps

- Michael Hirt (Velbert)
- Heike Tassis (Bremen)
- Gerline Schlischo (Wedemark)
- Peter Wolf (Bielefeld)
- Thomas Winkler (Gera)

Buchtipps

Dora Heldt: Tante Inge haut ab

„Die Frau am Ende des Bahnsteigs trug einen roten Hut und sah aus wie meine Tante Inge. Nur dass die niemals Hüte und schon gar nicht ihr Gepäck tragen würde.“

Urlaub auf Sylt! Freudig begrüßt Christine (46) am Bahnhof ihren Johann, da tippt das Unheil ihr auf die Schulter: Die Frau mit dem roten Hut ist tatsächlich Tante Inge (64), Papas jüngere Schwester. Aber was macht sie allein auf Sylt? Noch dazu mit so vielen Koffern? Für Papa Heinz kann dies nur eines bedeuten: Inge will Walter, den pensionierten Finanzbeamten, samt gemeinsamem Reihenhaus verlassen. Als dann auch noch Inges neue Freundin Renate mit ihrem Faible für (nicht nur alleinstehende) ältere Männer auftaucht, platzt Mama Charlotte der Kragen: Walter muss her, und zwar sofort! Christine indessen stimmt Inges Lebenslust nachdenklich. Mit Mitte 60 wagt ihre Patentante einen Neuanfang – und sie selbst?

Dora Heldt, Tante Inge haut ab. Deutscher Taschenbuch Verlag 2009, 340 Seiten, ISBN 978-3-423-24723-8, 12,90 Euro.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges fünf Exemplare des Romans. Schicken Sie eine E-Mail an: buchtipps@sovd.de, bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „Buchtipps“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juli.



Musiktipps

„Ode an die Freiheit“ – Festkonzert zum Mauerfall

„Freude, schöner Götterfunken, Tochter aus Elisium, Wir betreten feuertrunken, Himmlische, dein Heiligtum.“

Am 25. Dezember 1989 dirigierte Leonard Bernstein anlässlich des Falls der Berliner Mauer Beethovens Symphonie Nr. 9 im damaligen Schauspielhaus in Berlin. Der vorliegende Mitschnitt dieses historischen Konzerts sollte eine der letzten Aufnahmen Bernsteins werden. Der Dirigent hatte damals den Text von Schillers Ode „An die Freude“ in „An die Freiheit“ geändert. Angeblich hatte Schiller selbst damals einen entsprechenden Entwurf seines Gedichts verfasst. Ob wahr oder nicht – Bernstein erklärte dazu, dass diesen Augenblick wohl der Himmel gesandt habe, um das Wort „Freiheit“ immer dort zu singen, wo in der Partitur von „Freude“ die Rede ist: „Ich bin sicher, dass Beethoven uns seinen Segen gegeben hätte. Es lebe die Freiheit!“

Ludwig van Beethoven/Leonard Bernstein: „Ode an die Freiheit“. Deutsche Grammophon 1990/2009.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges fünf Exemplare der CD. Schicken Sie einfach eine E-Mail an: musiktipps@sovd.de, bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „Musiktipps“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juli.



Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet (www.sovd.de): Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: kontakt@sovd.de

Impressum

Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Baars; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistent: Roswitha Moldenhauer; Cornelia Moosbrugger; Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030 / 72 62 22-0, Fax: 030 / 72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 04792 / 22 16, Fax: 04792 / 35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel. Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel. Verbreitete Auflage, IVW, 1. Quartal 2009: 391 984 Exemplare.



Finale der Blindenfußball-Bundesliga in Köln

Deutscher Meister: MTV Stuttgart holt den Titel im Blindenfußball

Am 20. Juni fand im Kölner Geißbockheim die zweite Saison der Deutschen Blindenfußball-Bundesliga ihren krönenden Abschluss. Mit dem MTV Stuttgart steht der Deutsche Meister im Blindenfußball 2009 fest. Das Team um Nationaltrainer Ulrich Pfisterer setzte sich mit 26 Saisontoren bei nur zwei Gegentreffern klar an die Tabellenspitze.

Vizemeister ist der PSV Köln, der Senkrechtstarter der Saison. Die Mannschaft, die erst im Sommer 2008 gegründet wurde, konnte ihre

erste Bundesligasaison mit einem großen Erfolg krönen. Beim Finale der Blindenfußball-Bundesliga am 20. Juni in Köln war auch bei

den über hundert Zuschauern die Begeisterung für die faszinierende Sportart zu spüren.

Beim Blindenfußball tritt jede Mannschaft mit vier blinden Feldspielern und einem sehenden Torwart an. Die Spieler orten den Ball, in den eine Rassel eingebaut ist, mit dem Gehör. Sie verständigen sich mit Rufen auf dem Spielfeld – wer auf den Spieler mit dem Ball zuläuft, ruft laut das spanische Wort „voy“, das auf deutsch „ich komme“ bedeutet.

Die Bilanz des Blindenfußballs in Deutschland ist drei Jahre nach dem Start sehr positiv. Seit dem ersten internationalen Blindenfußballturnier in Deutschland, das der SoVD und der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) im Mai 2006 in Berlin organisierten, hat sich die Sportart rasant entwickelt. Neben den Standorten der neun Bundesligateams wird in weiteren sechs Städten regelmäßig trainiert.



Auch beim Blindenfußball wird um den Ball gekämpft. Schaumstoffrollen vor den Köpfen schützen die Spieler dabei vor Verletzungen.

SoVD Schleswig-Holstein machte sich für Finanzierung stark

Ein VW-Bus für Rolf Schroeter

Seit seiner Geburt ist Rolf Schroeter aus Bordesholm spastisch gelähmt. Bewegen kann er nur seinen Kopf. Aber seine Lebensfreude hat er sich nicht nehmen lassen. Verschiedene Stiftungen ermöglichten ihm nun die Anschaffung eines behindertengerechten VW-Busses.

Im Jahr 1987 war Rolf Schroeter noch mit dem Rollstuhl von Kiel nach München gefahren. Heute wäre das für den 61-Jährigen jedoch zu anstrengend, denn es benötigt viel Energie und Konzentration, den Elektrorollstuhl mit dem Kinn zu steuern. Mobil bleibt er trotzdem. Der schleswig-holsteinische SoVD-Landesvorsitzende Sven Picker, der mit Rolf Schroeter aus gemeinsamen Tagen bei der SoVD-Jugendorganisation integ befremdet ist, warb über Stiftungen viele Spenden ein, mit denen ein behindertengerechter VW-Bus finanziert wurde. Es beteiligten sich unter anderem die Brenner-Stiftung, die Oberle-Stiftung, die Rosenthal-Stiftung, die Bayer-Stiftung, das Bundespräsidialamt und die Bordesholmer Sparkasse.

An Rolf Schroeter übergeben wurde der Bus von Udo Bestmann, Geschäftsführer des Kieler VW-Nutzfahrzeugzentrums Schmidt & Hoff-



Freuten sich über den neuen VW-Bus (v. li.): Rolf Schroeter, Maike Rau, Martin Eiselt, Sven Picker und Udo Bestmann.

mann, das sich selbst mit 1500 Euro an den Kosten beteiligte. Das Gaspedal müssen natürlich andere für ihn

treten. Diese Aufgabe übernehmen Martin Eiselt und Maike Rau, die Schroeter als Assistenten der Behindertenhilfe zur Seite stehen.

Sven Picker bedankte sich bei den Stiftungen für die großzügige Unterstützung und betonte, dass es auch mit einer Behinderung noch viel Lebensfreude gebe, vor allem, wenn man selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen könne. Die Bereitstellung des VW-Busses passe ideal in das schleswig-holsteinische SoVD-Konzept „Nah bei den Menschen“. Picker weiter: „Wir müssen die Solidarität und Hilfe für den Nächsten wieder in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Dann gewinnen wir die Herzen der Menschen.“

Rolf Schroeter freute sich sehr über sein neues Gefährt und die damit verbundene Mobilität. Sein Dank galt allen, die zur Realisierung beigetragen haben, insbesondere aber dem SoVD, der in all den Jahrzehnten immer für ihn da gewesen sei und ihn unterstützt habe.



Foto: Kobow/DFB-Stiftung Sepp Herberger

Jubel und verständliche Freude bei den Spielern des MTV Stuttgart. Nach einer spannenden Saison holten sie sich den Meistertitel.

Laut Rainer Delgado vom DBSV sind rund 120 Fußballer und zwanzig Fußballerinnen aktiv. Der FC St. Pauli hat mit Katja Löffler sogar einen weiblichen Kapitän.

Im November veranstaltet der DBSV in Marburg das weltweit erste Frauenturnier, den „Women Worldcup“. Dort werden drei deutsche Frauenmannschaften antreten. Ein weiteres wichtiges Etappenziel ist für Rainer Delgado, noch mehr Nachwuchs für die Sportart zu gewinnen: „Unser Ziel ist, dass die Jugendlichen mit 13 oder 14 Jahren anfangen und mit 18 Jahren in bester Form sind.“ Die Chancen, sich auch international zu behaupten, sind bereits nach der zweiten Bundesligasaison gestiegen.

Lob kam auch von Uwe Seeler. Der Ehrenspielführer der deutschen Fußballnationalmannschaft ist offizieller Schirmherr der DFB-Stiftung Sepp Herberger für die Blindenfußball-Bundesliga. Seeler erklärte, die Spieler hätten tolle Werbung für diese faszinierende Facette des Fußballs gemacht.

Die deutsche Blindenfußball-Nationalmannschaft nimmt vom 26. Juni bis zum 4. Juli im französischen Nantes an den Europameisterschaften im Blindenfußball teil. Der SoVD wünscht dem Team hierfür viel Erfolg!

dw

Personalien



Gerd Meyer-Rockstedt, Geschäftsführer der Berufsbildungswerk Bremen GmbH, wurde zum neuen Landesvorsitzenden des SoVD-Landesverbandes Bremen gewählt.

Zuzahlung nach einem Klinikaufenthalt

Ein Krankenhaus ist kein Hotel

Zehn Euro pro Tag – die meisten Patienten wissen, dass sie für die stationäre Behandlung im Krankenhaus diese Zuzahlung leisten müssen. Aber wenn nach überstandener Klinikbehandlung die Rechnung für diesen Obolus mit der Post ins Haus flattert, sind einige doch überrascht und verunsichert.

An die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) hatte sich auch Frau P. gewandt. Sie war an einem Montag stationär aufgenommen und am folgenden Donnerstag früh wieder entlassen worden. Nach ihrer Rechnung seien das drei Krankenhaustage, zahlen soll sie jedoch für alle vier. Ihr Argument: „Wenn ich im Hotel übernachtete, zahle ich ja auch nur pro Übernachtung. Schließlich habe ich am Entlassungstag auch kein Mittag- und Abendessen mehr gehabt.“

„Die Rechnung für die Zuzahlung zur stationären Behandlung sorgt tatsächlich manchmal für unnötige Aufregung bei Patienten“, erklärt Selma Lindner von der zuständigen UPD-Beratungsstelle. „Das liegt meist daran, dass sie vor einem Krankenhausaufenthalt in der Regel andere Sorgen haben und sich dazu keine Gedanken machen.“ Dabei ist der Fall klar geregelt: Die Zuzahlung zur stationären Behandlung wird nach Kalendertagen und nicht nach Übernachtungen berechnet. Im Sozialgesetzbuch Nr. 5 Paragraph 39 heißt es, dass für die Krankenhausbehandlung je Kalendertag – also sowohl für den Aufnahme- als auch den Entlassungstag – zehn Euro erhoben werden. Auf diese Weise sollten die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung stabil bleiben, wie es in der Begründung zum Regierungsentwurf des Haushaltbegleitgesetzes aus dem Jahr 1983 heißt. Seitdem ist die Zuzahlung gängige Praxis. Die Dauer dieser Zuzahlung ist auf 28 Tage im Jahr begrenzt; mehr hat kein Patient zu zahlen. Wer jünger als 18 Jahre ist, muss keine Zuzahlung leisten.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie im Internet unter www.upd-online.de. Das bundesweite Beratungstelefon ist montags bis freitags jeweils von 10 bis 18 Uhr unter der kostenfreien Rufnummer 0800/011 7722 erreichbar.



Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) bietet bundesweit persönliche wie auch telefonische Beratung an. In den Landesverbänden Berlin-Brandenburg und Niedersachsen ist der SoVD einer der Träger der UPD.

Stiftungen, die Menschen in Not helfen

- Hans-und-Gretchen-Tiedje-Stiftung, Postfach 520141, 22591 Hamburg, Tel./Fax: 040/8805768
- Alfred-Brenner-Stiftung für hilfsbedürftige Menschen, Postfach 710110, 81451 München
- Uwe-Seeler-Stiftung, Weg am Denkmal 34, 22844 Norderstedt, Tel.: 040/30980220, Fax: 040/5213245
- Otto-und-Lonny-Bayer-Stiftung, Hemmelrather Weg 201, 51377 Leverkusen, Tel.: 0214/7079824, Fax: 0214/87099046
- Bundespräsidialamt, Spreeweg 1, 10557 Berlin, Tel.: 030/2000, Fax: 030/2001999
- Franz-Beckenbauer-Stiftung, Postfach 700220, 81302 München
- Christof-Husen-Stiftung, Niemannsweg 113, 24105 Kiel, Tel.: 0431/5111289 (Personen im Alter von 17 bis 25 Jahren)
- Heinrich-Busch-Stiftung, Bergstraße 11, 20095 Hamburg, Tel.: 040/30200633 (Personen bis 18 Jahre)
- Theodor-Fischwasser-Stiftung, Weinberg 7, 53177 Bonn, Tel./Fax: 0228/327136 (Personen bis 18 Jahre)

Ein Fotolesetasthörbuch

Mit anderen Augen sehen

Das Buch „Andere Augen“ erzählt von zwei Menschen, die trotz starker Sehbehinderung mitten im Leben stehen. In gelungener Weise macht es diese Geschichten Blinden, Sehbehinderten und Sehenden gleichermaßen zugänglich – dank eines neu entwickelten Druckverfahrens.

„Warum sollen andere die Grenze bestimmen?“, fragt Arild Røland, der trotz seiner starken Sehbehinderung den Beruf Milchbauer wählte. Mit nur 10 Prozent Sehkraft meistert er die Herausforderungen auf seinem Hof. „Ob man in einer Aufgabe glückt oder versagt, das ist nicht unbedingt nur von einer Behinderung abhängig“, meint Terje Karlsrud. Er

ist seit seinem 12. Lebensjahr blind und unterrichtet sehende Schüler an einer gymnasialen Oberschule.

Die beiden Norweger sind die Hauptfiguren des Buches „Andere Augen – ein Fotolesetasthörbuch“ von Gregor Strutz, der ihren Alltag über mehrere Monate mit Kamera und Tonband begleitet hat.

Dem Inhalt kann man sich mit

unterschiedlichen „Sehmethoden“ nähern. Beispielsweise werden großformatige Bilder im Buch gezeigt, aber auch auf einer CD akustisch beschrieben. Dabei könnte so manch „Sehender“ die Erfahrung machen, dass das Bild, das beim Hören der CD in Gedanken kreiert wird, schöner ist als die Abbildung im Buch. Die Interviews mit Arild und Terje beleuchten verschiedene Aspekte des Blindseins – vom Arbeiten übers Einkufen von Kleidung bis zum Träumen – und können sowohl gelesen als auch gehört werden.

Einige Texte sind zusätzlich in Blindenschrift abgebildet. Eine neue Drucktechnik ermöglichte erstmalig diese Kombination aus Bild, Schwarzschrift (normale Schrift) und Blindenschrift. Genau diese Kombination eröffnet mehrere Zugänge zum Buch und schlägt eine gelungene Brücke zwischen zwei Welten.

Schirmherrin dieses anspruchsvollen Projektes ist Karin Evers-Mayer, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. Weitere Informationen finden Sie auf www.andereaugen.de.



Der mit Albinismus geborene und dadurch stark sehbehinderte Arild Røland bewältigt die Arbeit auf seinem Bauernhof großteils selbstständig.



Fotos (2): Gregor Strutz

Die Schüler der gymnasialen Oberschule in Trondheim sind es gewohnt, dass ihr Lehrer Terje Karlsrud blind ist.

Nachruf

Am 10. Juni verstarb unser Kollege und stellvertretender Leiter der Abteilung EDV/Verbandsverwaltung und Versicherungen, **Andreas Blank**.

Mit ihm verliert die Bundesgeschäftsstelle einen engagierten Mitarbeiter und Kollegen, der fast sieben Jahre für den SoVD tätig war. Der studierte Diplom-Agraringenieur arbeitete seit 2002 in der Bundesgeschäftsstelle, zunächst als Sachgebietsleiter, später als stellvertretender Abteilungsleiter.

Andreas Blank hinterlässt eine Frau und eine Tochter. Er wurde nur 43 Jahre alt. Wir werden ihn nicht vergessen.



Andreas Blank

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

Suche liebenswerten Mann für Freizeit u. Partnerschaft. Frau 56, schlank, NR, liebt die Natur, Radfahren, Schwimmen, kleine Wanderungen ☎ 0228/282892 · wuppertal · web.de

Bungalow – ebenerdig u. barrierefrei – In Kirburg (nahe Bad Marienberg), Westerwald, zu verk. Bj. 1979, Satteldach, 4 Zim., 84m², Grundst. 700m², Garage, Nachtspeicher, Preis: 119.000 € Kontakt: Rolf Wovoreit · Passmannweg 20 44149 Dortmund

Treppenlift, elektrisch, 17 Stufen, 6 mtr. lg., gerade, ohne Winkel, gebraucht, € 3.000,- Npr. preiswert zu verkaufen. Ulrich Anders, Bahnhofstr. 10, Schieder ☎ 05282/214

VITAL Elektromobile
Hersteller
TUV
Reichweiten bis zu 100km
6 bis 15km/h
Führerscheinfrei
ab 1.490€
*Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell
Kostenlosen Prospekt anfordern!
Tel. 02351/953060
EAT Gundermann GmbH SoVD
Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheid

Schuldnerhilfe bei:
• Überschuldung, MB, EV
• Lohn-, Kontenpfändung
• Darlehenskündigung
• Zwangsvollstreckung
Vermittlung von Hypothekendarlehen, Umfinanzierung
ogs-schuldnerhilfe.de · ☎ 0 51 64 / 80 15 59
Otto-Georg Schöne (Mitglied im ASH e.V.)
Erstkontakt kostenfrei!

Treppenlifte
neu und gebraucht
Qualität zu günstigen Preisen.
Kostenloses Angebot: 0,09 EUR/min
Tel. 0180 - 35 36 37 1
Ihr regionaler Partner in:
Hamburg
Schwerin
Bremen
Hannover
Bielefeld
Dortmund
Köln
Frankfurt
Stuttgart
Augsburg
a&p
Treppenlifte
Weserstr. 24
27283 Verden
www.treppenlift-discount.de

Männer über 50
...die wissen, was sie in einer befriedigten Partnerschaft wollen, nehmen Eumel-Bull-Kraft-NE Dragees, denn Liebe ist keine Frage des Alters. Mit Rinderhodengenpulver zur Stärkung ohne Nebenwirkung.
Jetzt bestellen – erst in 14 Tagen bezahlen.
I Packung € 28,- inkl. Versandkosten.
Otto Blocherer · Abt. 1 · Friedensstraße 4
Tel. 08 21 / 43 45 57 · 86391 Stadtbergen

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung mögl. ☎ 0 51 08 / 92 54 96

ABEG Treppenlift GmbH
Hier erhalten Sie alle Informationen über Treppenlifte/Plattformlifte, bundesweit, kostenlos und unverbindlich!
www.abeg-treppenlift-gmbh.de
☎ 0800/399 80 30
0,0 Cent/min.
Kooperationspartner des SoVD Sozialverband Deutschland

Ihr Bruch
Spranzband - 60
Ohne Feder, ohne Schenkelriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.
Ausschn. u. einsenden - Prosp. 30 gratis
SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen
www.spranzband.de

Treppenlifte ab 2.500,- €
Elektromobile ab 1.498,- €
0 50 53 / 12 28
www.treppenliftservice.de

**IN RUHE GESUCHT,
DAS BESTE GEFUNDEN,
IN DER SoVD-ZEITUNG!**

Anzeigenverwaltung SoVD Zeitung

U. Struckmeyer
Postfach 12 66 · D-27723 Worpswede
Tel.: 0 47 92 / 22 16 · Fax: 0 47 92 / 35 30
E-Mail: u.struckmeyer@t-online.de

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen
An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____
Straße und Nr. _____
PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt _____ in: _____
Bankleitzahl _____
Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: _____ Ausgabe _____

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro	incl. 19% MwSt.
3 Zeilen = 17,85 Euro	incl. 19% MwSt.
4 Zeilen = 23,80 Euro	incl. 19% MwSt.
5 Zeilen = 29,75 Euro	incl. 19% MwSt.
je weitere Zeile = 5,95 Euro	incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

Antworten auf Chiffre-Anzeigen unter Angabe der Chiffre-Nr. an:
Anzeigen-Verwaltung U. Struckmeyer Postfach 12 66 27723 Worpswede

Wer zahlt bei Krankheit im Urlaub?

Auch wer um Versicherungen grundsätzlich einen großen Bogen macht, spielt möglicherweise zur Urlaubszeit mit dem Gedanken, sich vor finanziellen Unannehmlichkeiten zu schützen. Zum Teil ist das auch sinnvoll – etwa mit Blick darauf, dass es insbesondere bei Ferien im Ausland zu Überraschungen kommen kann. Bei innerdeutschen Reisen gibt es dagegen keine Probleme. Jeder zur Kassenpraxis zugelassene Arzt akzeptiert die Chipkarte der gesetzlichen Krankenkassen.

Im Urlaub innerhalb Europas sind gesetzlich Krankenversicherte grundsätzlich so geschützt wie die Bewohner des betreffenden Staates – also nicht selten weniger umfangreich als hierzulande. Dies gilt für insgesamt 38 Länder (siehe Kasten weiter unten).

Es kann jedoch durchaus sein, dass die von der deutschen Krankenkasse ausgestellte Europäische Krankenversicherungskarte (oder der ersatzweise ausgestellte Anspruchsausweis) vom Arzt abgelehnt wird oder dass eine „Kassenpraxis“ überfüllt ist. Außerdem sind die deutschen Urlauber im Ausland im gleichen Maße wie die Einheimischen verpflichtet, auch höhere als die hierzulande üblichen Eigenbeteiligungen zu akzeptieren – trotz einer in Deutschland möglicherweise bereits ausgesprochenen



Foto: dusklog/photocase

Nicht jede Behandlung im Urlaubsland entspricht dem in der Heimat gewohnten Standard.

Zuzahlungs-Befreiung. Deshalb, und weil möglicherweise andere (Verwaltungs-)Wege eingeschlagen werden müssen, empfiehlt es sich unbedingt, bei der Krankenkasse

das für das Urlaubsland vorliegende Merkblatt anzufordern – und dieses nicht erst dann zu lesen, wenn Versicherungsschutz benötigt wird.

Spätere Kostenerstattung

Wer im Urlaub eine Arztrechnung selbst bezahlt hat, etwa weil der ausländische Arzt nicht bereit war, einen „Kassenpatienten“ zu behandeln, der kann nach der Rückkehr seine Krankenkasse um Erstattung bitten. Diesem Wunsch wird aber nur entsprochen, wenn detaillierte und quitierte Belege vorgelegt werden. Außerdem gibt es maximal den Betrag zurück, der auch bei einer Behandlung in Deutschland von der Krankenkasse aufzubringen gewesen wäre. Und schließlich kann der Erstattungsbetrag um einen Abschlag für zusätzliche Verwaltungsarbeit gemindert werden.

Zusatzversicherungen

Was tut der sicherheitsbewusste Urlauber also? Er schließt eine private Auslandsreise-Krankenversicherung ab, die schon für Jahresbeiträge von weniger als 10 Euro (für Alleinstehende) beziehungsweise 20 Euro (für Familien) zu haben ist. Die Zeitschrift Finanztest hat in der Ausgabe Mai/2009 unter 43 Versicherungen auf dem Markt allein 16 Unternehmen mit „sehr gut“ beur-

Ratgeber für pflegebedürftige Menschen und Angehörige

Ein Pflegefall kommt meist plötzlich und unerwartet. Die betroffenen Menschen sowie deren Angehörige werden mit einer ungewohnten Situation konfrontiert, in der sie Unterstützung benötigen. Gerade bei der Übernahme von Pflegeverantwortung stellt sich eine Vielzahl von Fragen. Der vom SoVD nach der Pflegereform aktualisierte und neu bearbeitete „Ratgeber für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen“ bemüht sich, diese Fragen zu beantworten. Auf insgesamt 132 Seiten finden Betroffene Informationen und Entscheidungshilfen über das, was rechtlich, organisatorisch und finanziell in der Pflege und um das Thema Pflege herum wichtig ist.

Der Ratgeber ist zum Preis von 4,50 Euro (inkl. Versand und MwSt.) erhältlich bei der SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Versand, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Nähere Informationen gibt es auch per Fax: 030/726222-311 oder per E-Mail: agnes.wolz@sovd.de.



teilt. Eine Liste der Versicherer ist auch bei den gesetzlichen Krankenkassen zu haben. So ausgestattet, ist man weitgehend sowohl in den „Abkommensländern“ als auch in den Staaten versichert, mit denen kein Sozialabkommen besteht.

Wichtig: Auch ein medizinisch notwendiger Rücktransport an den Wohnort sollte eingeschlossen sein; die gesetzlichen Kassen dürfen solche Kosten nicht übernehmen.

Was gilt für privat Versicherte?

Im Regelfall keine Probleme haben privat Krankenversicherte – auch wenn sie sich im Ausland aufhalten. Ihr Versicherungsschutz erstreckt sich auf die ganze Welt. Dennoch kann auch ihnen empfoh-

len werden, für den Auslandsurlaub eine spezielle Krankenversicherung abzuschließen, damit sie im Falle eines Falles daraus Leistungen beziehen und ihren „Schadenfreiheitsrabatt“ aus der Hauptversicherung schonen können. Allerdings sollten sie darauf achten, nicht bei einer Versicherung zu landen, die in ihren Versicherungsbedingungen vorsieht, lediglich „vorzuleisten“ und gegebenenfalls anschließend mit dem Hauptversicherer abzurechnen. Dies würde eine Beitragsrückzahlung aus der Hauptversicherung zumindest schmälern. Reine private Krankenversicherer, die (auch) Zusatzversicherungen anbieten, sehen solche Verrechnungen jedoch nicht vor. wb

In diesen Ländern gilt für Urlauber der gleiche Krankenversicherungsschutz wie für die Einheimischen:

Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Marokko, Mazedonien, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Türkei, Tunesien, Ungarn, Zypern (griechischer Teil).

Vielfältige Lüneburger Heide

P.

Von Gästen zu einem der in Deutschland 10 beliebtesten Hotels gewählt

21368 Dahlenburg

Ferienhotel

Info und Buchung: Tel 058 51 - 94 20 Fax 94 21 22

www.hotel-zur-muenehnerin.de

Reisetipp

Dresden: FeWo, 50m² im Grünen, 2 DZ, ruhig, Stadtnähe, 18,- € pro Person. 03 51/2 69 02 32 - www.ferienwohnung-leuthold.de

26160 Bad Zwischenahn im Ammerland, Haus Beneke, Hermann-Löns-Str. 10B, 0 44 03 / 52 83 Fax 0 44 03 / 6 42 93. Gepflegte FEWO 45m²-70m² für 2-4 Personen. Der Preis für 2 Personen beträgt von 32,- € - 52,- €. Die Wohnungen sind komplett eingerichtet mit Kabel-TV, Telefon, Bettwäsche und Handtücher

Mecklenburg-Vorpommern

Eggesin in Vorpom. Restaurant-Pension Zi. m. Du, WC, TV, Pool im Sommer Ü/F ab 20,- € p. P. im DZ kl. Hund ang. 03 97 79 / 2 73 55

Weserbergland

Bad Pyrmont Kurbezirk

Familiär geführte Hotel-Pension, ruhige Lage, DU, WC, Tel., Kabel-TV, Radio, teilw. Balkon. Abholung von Ihrer Wohnung auf Anfrage. Günstige saisonale Angebote.

Auch Appartements - Prospekt anfordern!
Haus Steinmeyer · 0 52 81 / 9 40 30
Brunnenstr. 19 · 31812 Bad Pyrmont

Hotel-Pension „Resi“ Kapellenberg 17
37688 Beverungen
Zim. Du/WC, TV, Radio, Tel., teils Balk., Hallenbad, Solar., Liegew.-Terr., Herrl. Rad- u. Wanderrw. Haus - abholg. mögl. So.-Fr. HP 185,- € p.P. Sommerurlaub: 14x Ü/HP 525,- € p.P. Weitere Angebote anfr. 0 52 73 / 13 97 · www.hotel-pension-resi.de

Anzeigenverwaltung

SoVD Zeitung

U. Struckmeyer

Postfach 12 66 · D-27723 Worpswede

Tel.: 0 47 92 / 22 16 · Fax: 35 30 · E-Mail: u.struckmeyer@t-online.de